

# MITTEILUNGEN

des Vereins für die Geschichte Berlins

Gegründet 1865

Spandau  
Viktoria-Terrasse und Rathaus



Spandau – Viktoria-Terrassen und Rathaus

118. Jahrgang

Heft 4

Oktober 2022

[WWW.DIEGESCHICHTEBERLINS.DE](http://WWW.DIEGESCHICHTEBERLINS.DE)





Titelbild: Spandau – Viktoria-Terrassen und Rathaus  
Das Titelbild dieses Heftes ist eine Postkarte aus dem Ansichtskarten-Archiv (<https://Spandauak.wixsite.com/website>) des geborenen Spandauer Dipl.-Kfm. Rainer Fliegner, die er uns freundlicherweise zur Verfügung stellte. Viele Karten seiner Sammlung finden sich in seinem Buch „Spandau – Geschichte und Geschichten“ (Sutton, Neue Edition, 2019, broschiert, 128 S. ", 19,99 €) wieder.



*Liebe Leserin, lieber Leser, dem Schriftleiter der 'Mitteilungen' lagen drei Aufsätze der Autoren Uwe Michas, Karl-Heiz Bannasch und Ingo Wirth zu Spandauer Themen vor. So entstand die Idee, die Leiterin des Stadtgeschichtlichen Museums Spandau – Zitadelle, Urte Evert, um einen einleitenden Text zu bitten und eine ausschließlich der Havel-Metropole gewidmete Ausgabe herauszubringen. Mit der Spandauer Zitadelle hat das Spandauer Museum den wohl eindrucksvollsten Ort aller Berliner Heimatmuseen. Da die Berliner Bezirksmuseen die Geschichte unserer Stadt im Detail erzählen und somit eine große regionalgeschichtliche Bedeutung haben, wollen wir dies gerne mit anderen Bezirken in unregelmäßiger Folge fortsetzen und freuen uns auf künftige Kooperationen.*

Manfred Uhlitz

## Spandau bei Berlin

### Der etwas andere Bezirk

Von Urte Evert

Die Besonderheit Spandaus ist im Berliner Bezirks-Ensemble nahezu sprichwörtlich. Seit der Eingemeindung der ehemaligen Festungsstadt im Jahr 1920 hat sich die Sichtweise darauf zwar von ernsthaften Loslösungswünschen zu gegenseitigem humorvollem Spott gewandelt, der in der lokalen Werbung gerne Wiederverwendung findet. Dennoch nennt sich das Bezirksmuseum auf der Zitadelle seit 1992 recht selbstbewusst „Stadtgeschichtliches Museum Spandau“, obwohl sein Vorläufer, das Spandauer Heimatmuseum, erst 1924, also nach der Eingemeindung gegründet wurde.

Um zu verstehen, weshalb die Spandauer Bürgerschaft sich gegen die Eingemeindung gestellt hat, ist die historische Entwicklung der Stadt bis 1920 wichtig: Diese war seit Jahrhunderten von militärischen Interessen des preußischen Fürstenhauses geprägt. Spätestens die Bestimmungen des brandenburgischen Militärs im Dreißigjährigen Krieg hinderten Spandau an einer Weiterentwicklung der im Mittelalter bedeutenden Stadt. Der gesamte Ort wurde zur Festungsstadt, also zu einer Berlin vorgelagerten Verteidigungsanlage erklärt. Das bedeutete den Abriss von Gebäuden und Verlust von Nutzflächen für den Bau von Mauern und Schießanlagen – und zugleich immense Kosten für die Bürger, die für die Befestigungen bezahlen und Frondienste leisten mussten. Der spätere Bau von Kasernen entlastete die Bürger zwar von der Einquartierung von Soldaten. Dazu brachte die Ansiedlung von Gewehrmanufakturen, beziehungsweise im 18. und 19. Jahrhundert von Rüstungsindustrie Arbeitsplätze sowie neue Konsumenten für den Spandauer Handel. Aber eine wirkliche an dem Fortschritt der Industrialisierung orientierte Weiterentwicklung blieb



Festungsplan Spandau, Handzeichnung, 1859, Archiv Stadtgeschichtliches Museum Spandau. Die Festungsanlagen des Militärs bildeten einen sehr engen Gürtel um die Altstadt Spandau und die Zitadelle. Bis 900 Meter davor bestand Bauverbot, das ein Wachstum vom Stadtkern aus verhinderte und bis heute eine gewisse Vereinzelung von Spandauer Siedlungsgebieten begründet.

Spandau bis 1903 verwehrt. In diesem Jahr fiel endlich der Festungsstatus der Stadt, so dass frei gebaut und Steuergelder eingenommen werden konnten.

Die von militärischen Einschränkungen befreite Stadt Spandau nahm eine rasante Entwicklung. So gab es erste Durchbrüche durch den Festungsgürtel bereits von 1899 an mit der Erschließung von Industriegebieten durch Firmen wie der Kaffeerösterei Kaisers, der Maschinenbaugesellschaft Orenstein & Koppel sowie vor allem der Großansiedlung von Siemens. Diese Firmen sorgten nicht nur für den Ausbau der dringend notwendigen Verkehrs-Infrastruktur und



Kolorierte Postkarte, 1913, Rathaus Spandau, Foto, Grundsteinlegung des Spandauer Rathauses am 3. April 1911, Archiv Stadtgeschichtliches Museum Spandau



Vestibül im Rathaus Spandau, Foto, 1913, Archiv Stadtgeschichtliches Museum Spandau. Für das wichtigste Symbol der eigenständigen Stadt Spandau, das Rathaus, stifteten über 50 Unternehmen, Gemeinschaften und Privatpersonen kunstvoll gestaltete Buntglasfenster, Objekte und Gemälde. In diesen „Bürgerstolz“, wie es bei der Einweihung hieß, ließ sich der liberale Spandauer Stadtrat Dr. Kurt Woelck im Jahr 1919 als erster Oberbürgermeister Spandaus in der Weimarer Republik wählen. Durch die Eingemeindung war er damit zugleich der letzte Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt. Die Wahl zum Bezirksbürgermeister 1920/1921 lehnte er ab.

unterstützten den Wohnungsbau für ihre Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie zahlten zudem – im Gegensatz zur staatlichen Militärindustrie – jede Menge Grund- und Gewerbesteuern an die Stadt Spandau. Das finanzielle Wachstum ermöglichte der Spandauer Stadtregierung eine neue Form der Eigenständigkeit und der Entscheidungsfreiheit.

Das bekannteste architektonische Symbol dafür ist wohl das Spandauer Rathaus: Der 1913 fertiggestellte Bau wirkt heute zwar etwas überdimensioniert, war aber auch tatsächlich als steinerne Demonstration des neuen Spandauer Selbstbewusstseins gedacht. Denn obwohl sich die Stadt seit 1912 bereits im Zweckverband Groß-Berlin befand, wehrte sich ihre Magistratsregierung vehement gegen den Zugriff Berlins auf die neu erlangten wirtschaftlichen Vorteile. Der Zweckverband erreichte dennoch bei einigen Themen Fortschritte, sogar mitten im Ersten Weltkrieg. Dazu gehört insbesondere der „Dauerwaldvertrag“ vom 27. März 1915. Mit dem Dauerwaldvertrag sollten auch die Spandauer Waldgebiete den Bebauungsplänen für Industrie und Wohnungen entzogen werden. Das sorgte im Spandauer Magistrat zum Teil für Unmut über entgangene Gelder. Der größte Teil der Spandauer Bürgerinnen und Bürger aber freute sich über die wertvolle Erhaltung der gerade in einer wachsenden Stadt benötigten Erholungsgebiete.

Nach dem Ersten Weltkrieg gab es zwar immer noch Widerstände gegen die befürchtete feindliche Übernahme. Die existenziellen Probleme der Spandauer Bevölkerung waren jedoch Wohnungsnot, Versorgungsengpässe und Entlassungen sowie die damit eng verbundene



Ausflugsziel „Bürgerablage“, Postkarte, 1915, Archiv Stadtgeschichtliches Museum Spandau. Die Badestelle „Bürgerablage“ hat eher zufällig diesen passenden Namen. Bevor sich bereits um 1830 dort die ersten Bürgerinnen und Bürger in einem Ausflugslokal und später am Havelstrand ‚ablegten‘, war es eine Holzablage. Flößer brachten dort das über den Wasserweg transportierte Holz ins Zwischenlager und zahlten dafür Gebühren an die Spandauer „Bürgerkasse“. Die Kombination aus Wald, Wasser und ausgedehntem Biergarten macht diesen Ausflugsort bis heute äußerst beliebt – auch bei den Berlinerinnen und Berlinern.

Problematik der kriegsbedingten Migration. Für deren koordinierte Bearbeitung benötigte Spandau den Kommunalverband Groß-Berlin dringend. Die Umsetzung der Eingemeindung zum 1. Oktober 1920 verlief schließlich recht unspektakulär. Wichtig schienen eher der reibungslose administrative Ablauf und die Bearbeitung von Details wie die Bezahlung der Staatsdiener nach Berlin-Tarif und einheitliche Ticketpreise für die Straßenbahn.

Erst 1921 nahm die „Los-von-Berlin-Bewegung“ Fahrt auf. Die Parole „Los von Berlin“ war im Südwesten Deutschlands während der verstärkten „Rheinstaatsbestrebungen“ seit 1918 populär geworden. Die deutschen Provinzen am Rhein wollten eine von Preußen unabhängige Republik gründen. Einige eingemeindete Orte Groß-Berlins übernahmen die Devise wörtlich, um für ihr Ziel zu werben, sich aus dem Verband wieder zu lösen. Dazu gehörten Charlottenburg, Frohnau und allen voran Spandau. Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung im Juni 1923, als ohnehin eine Gesetzesänderung zur Verbesserung der Verwaltungsstrukturen anstand. Mittlerweile hatten sich jedoch alle anderen Bezirke mit Groß-Berlin arrangiert. Während existentielle Probleme wie Massenentlassungen und Hungertote infolge der Hyperinflation Groß-Berlin und gerade Spandau erschütterten, stellten hier rechte Parteien eine Anfrage zur Ausgemeindung. Mit Unterstützung der bürgerlich-konservativen Parteien wurde diese Anfrage gegen die sozialdemokratischen Stimmen zu einem Antrag an den preußischen Landtag formuliert. Zusätzlich organisierten Spandauer Bürgerinnen und Bürger eine Unterschriftensammlung für die Ausgemeindung. 22 000 Unterschriften – immerhin ein Drittel der Spandauer Wahlberechtigten – kamen zusammen. Der parteilose Spandauer Bezirksbürgermeister Martin Stritte reichte am 23. Juni 1923 diese Liste zusammen mit dem Antrag ein und schrieb dazu:

„Die Spandauer haben nicht gelernt, sich als Berliner zu fühlen und werden es in absehbarer Zeit nicht lernen.“

Der preußische Landtag befasste sich jedoch in dieser Zeit vor allem mit wichtigen Gesetzesvorgaben zur Jugendwohlfahrt oder Unterstützung von Erwerbslosen. Zudem löste er sich aus wahltaktischen Gründen im Oktober 1924 auf. Danach galt die Eingabe zur Loslösung Spandaus von Berlin als erledigt. Mittlerweile hatte sich auch noch der große Widerstand der Spandau zugeschlagenen Gemeinden Gatow und Kladow ins Gegenteil verkehrt, so dass sich seit der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre eine Art „Frieden mit Berlin“ schließlich auch auf Bezirksregierungsebene durchsetzte.

Zeitgleich begann eine Blüte der Spandauer Heimatforschung. Es erschienen verschiedene Chroniken. Das Heimatmuseum — zunächst im Rathaus untergebracht — wurde 1924 eröffnet. Statt einer administrativen Loslösung wurde die Geschichte zur Abgrenzung genutzt und das Selbstbewusstsein aus der Tatsache gezogen, dass den schriftlichen Quellen zufolge Spandau zwölf

Aufmarsch der Reichswehr zur 700-Jahr-Feier Spandaus am Rathausvorplatz, Foto, 1932, Stadtgeschichtliches Museum Spandau. Der Höhepunkt der 700-Jahr-Feier war ein Festumzug durch Spandau, den etwa 20 000 Menschen besuchten. Neben verschiedenen Vereinen nahm auch das III. Bataillon des Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 9 an dem Umzug teil. Die Festveranstaltung war zugleich ein erfolgreicher Protest gegen die Idee Berlins, im Zuge von Sparmaßnahmen Spandau in den Bezirk Charlottenburg einzugliedern.







Der Spandauer Heimatforscher Albert Ludewig (1902–1972) an seinem Schreibtisch in der Klempnerei am Kolk, Foto, um 1922, Archiv Stadtgeschichtliches Museum Spandau

Jahre vor Berlin-Cölln das Stadtrecht erhielt. 1932 feierten entsprechend die Spandauerinnen und Spandauer das siebenhundertjährige Bestehen ihrer Stadt mit riesigem Aufgebot.

Eine große Unterstützung erhielt der Rückzug auf intensiviertere Heimatgefühle in Spandau durch die nationalsozialistische Förderung von Heimatmuseen als „vorbildliche Träger der Staatsidee und vorbildliche Helfer an nationaler Aufbauarbeit“, wie es in einem Schreiben an die benachbarten Brandenburgischen Museen vom 15. September 1933 hieß. Besonders hervor tat sich der Spandauer Klempnermeister Albert Ludewig, der sich weniger für seinen Familienbetrieb als für die Heimatforschung und deren Illustration interessierte. Der begabte Zeichner engagierte sich bei der 700-Jahr-Feier Spandaus 1932 sowie den jährlich von 1933 bis 1935 veranstalteten Spandauer Heimatwochen. Diese trugen wesentlich zur Erweiterung der Sammlung des schließlich in einer ehemaligen Schule untergebrachten Heimatmuseums bei, wo er seit 1937 offiziell als Museumspfleger tätig war. Doch die Ausstellungen dienten auch der nationalsozialistischen Phantasterei von einer Überlegenheit deutschen Volkstums, der er sich mit seiner nationalen Gesinnung nicht entgegenstellte. Vor allem die Tilgung der jüdischen Geschichte und die Vernichtung jüdischen Lebens in Spandau verfälschten und beschädigten die Heimatforschung nachhaltig. Während des Zweiten Weltkrieges wurde das Spandauer Museum geschlossen und ein Großteil der Sammlung schließlich bei Luftangriffen, Bränden und Plünderungen zerstört.

Nach 1945 waren die Spandauerinnen und Spandauer zunächst einmal froh, zu West-Berlin zu gehören und nicht zum sowjetisch besetzten Havelland, als dessen heimliche Hauptstadt sie sich gerne bezeichneten. Dennoch bedeutete die Teilung der Stadt für Spandau nicht unbedingt eine Verbesserung des Verhältnisses zu Berlin. Die Behauptung, Spandau gehöre gar nicht zu Berlin, verfestigte sich zur Folklore, stimmte aber in einiger Hinsicht tatsächlich mit der Wahrnehmung überein. So schrieb ein anonymes Spandauer anlässlich der 750-Jahr-Feier 1987, die unter dem Motto „Spandau verzeiht“ begangen wurde:

*Nach 67 Jahren Fremdherrschaft möchte ich, daß Spandau wieder eine selbständige Stadt mit all ihren zustehenden Rechten wird, und verzeihen werde ich nie.*

Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Heimatmuseum bereits auf der Zitadelle, dem berühmtesten Bauwerk Spandaus. Nach knapp zwei Jahrzehnten im Palas (1959 bis 1978) zog die nun „Stadtgeschichtliches Museum Spandau“ getaufte Ausstellung ins Erdgeschoss vom Zeughaus. Der erste Stock ist Wechselausstellungen vorbehalten, wie zur Zeit über den Auswandererbahnhof Ruhleben. Doch gehören weitere Ausstellungsgebäude dazu: Im Kommandantenhaus befindet sich die Dauerausstellung zur Burg- und Festungsgeschichte, in der Westkurtine ist ein sogenanntes „Archäologisches Fenster“ untergebracht, in dem Grabungsbefunde, aber vor allem eine einzigartige Sammlung jüdischer Grabsteine aus der mittelalterlichen Mark Brandenburg zu sehen



Kopf des Lenin-Denkmal in der Ausstellung „Enthüllt. Berlin und seine Denkmäler“, Nikolai V. Tomskij, 1970, Stadtgeschichtliches Museum Spandau

sind. Die ehemalige Exerzierhalle beherbergt eine Ausstellung mit historischen Militaria, hinzu kommen Wechselausstellungsräume in der Bastion Kronprinz und demnächst ein Schaudapot in der Bastion Königin. Zusätzlich befindet sich eine Dependence des Stadtgeschichtlichen Museums zum Thema Wohnen im Gotischen Haus in der Altstadt Spandau.

Internationale Aufmerksamkeit erhält das Proviantmagazin auf der Zitadelle, weil sich der Bezirk Spandau mit der dort untergebrachten Ausstellung „Enthüllt. Berlin und seine Denkmäler“ dazu bereitgefunden hat, zu einer Art Abklingbecken für Berlins unerwünschte Denkmäler zu werden. Aufgrund der politischen Umbrüche im 20. Jahrhundert wurden immer wieder Denkmäler aus dem öffentlichen Raum entfernt, die für das neue politische System eine problematische oder sogar bedrohliche Erinnerung beziehungsweise Würdigung darstellten. Das Museum bietet eine Möglichkeit, sich mit den großen Symbolen des Deutschen Kaiserreichs, der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und der DDR auseinanderzusetzen, die vergraben und vergessen werden sollten – und jetzt als Zeugnisse der deutschen Geschichte eine neue Funktion erfüllen. Statt Ehrfurcht zu gebieten, machen sie historische Geschehnisse im wahrsten Sinne des Wortes begreifbar. Durch die weltweiten aktuellen Denkmalstürze und Kämpfe um Erinnerungskultur insbesondere seit 2020 ist dieses Museum zum Anziehungspunkt für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Künstlerinnen und Künstler insbesondere aus den USA, Großbritannien und Südafrika geworden, weil es als demokratische und gesellschaftlich sinnvolle Alternative zu endgültiger Entfernung und Zerstörung von heute sogenannten „toxischen“ Denkmälern wahrgenommen wird.

Der Bezirk Spandau hält also mit einer umfassenden Geschichts- und Kulturinsel weiterhin den leicht konkurrierenden Stolz gegen Berlin hoch. Tatsächlich ist aber die Zusammenarbeit mit allen Berliner Bezirken und insbesondere den Museen von dem Bewusstsein geprägt, zur Vielfalt Berlins zu gehören.

Dr. Urte Evert

Mail: [urte.evert@zitadelle-berlin.de](mailto:urte.evert@zitadelle-berlin.de)

Die Autorin ist Museumsleiterin des Stadtgeschichtlichen Museums Spandau – Zitadelle

## Auswahl an Quellen und Literatur

- Magistratsakte E 21 Eingemeindung nach Berlin fol 32, Archiv Stadtgeschichtliches Museum Spandau.  
Spandauer Zeitung, General-Anzeiger für Spandau und Umgegend, Archiv Stadtgeschichtliches Museum Spandau  
Volksblatt für Spandau und das Havelland, Archiv Stadtgeschichtliches Museum Spandau  
Bannasch, Karl-Heinz: Spandau auf dem Weg nach Berlin – Spandauer Politiker zur Eingemeindungsproblematik von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Weimarer Republik. In: Mitteilungsblatt der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg e. V., 102. Jg., 2001, S. 1–19.  
Urte Evert; Heike Oevermann: Brennglas Spandau. In: Joseph Hoppe; Heike Oevermann (Hg.): Metropole Berlin. Die Wiederentdeckung der Industriekultur, Berlin 2020.  
Jürgen Grothe: Die Spandauer Zitadelle, Berlin 2002.  
Theresa Hahn: Von der Aufrüstung zur Demilitarisierung. Die Spandauer Heereswerkstätten während und nach dem Ersten Weltkrieg, Masterarbeit an der TU Berlin. Berlin 2017.  
Otto Kuntzemüller: Urkundliche Geschichte der Stadt und Festung Spandau von Entstehung der Stadt bis zur Gegenwart, Berlin 1929.  
Sebastian Panwitz: Die Auseinandersetzungen um die Berliner Randgebiete 1919–1924 am Beispiel von Cladow und Gatow. Ein Beitrag zur Geschichte der Bildung Groß-Berlins 1920. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Berlin 1998.  
Joachim Pohl (Hg.): Spandauer Forschungen. Beiträge zur Militär- und Stadtgeschichte Spandaus (Spandauer Forschungen, Bd. 4) Berlin 2017.  
Ribbe, Wolfgang: Spandau, Berlin 1991.  
Martin Schlemmer: „Los von Berlin“ Die Rheinstaaatsbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg. Köln u.a. 2007.  
Andrea Theissen (Hrsg.): Militärstadt Spandau. Zentrum der preussischen Waffenproduktion 1722 bis 1918; Begleitband zur gemeinsamen Ausstellung des Stadtgeschichtlichen Museums Spandau und der Deutschen Gesellschaft für Heereskunde e.V. aus Anlaß ihres 100jährigen Bestehens, Berlin 1998.

## Das mittelalterliche Spandau

### im Spiegel archäologischer Forschungen

Von Uwe Michas

Im Berliner Raum findet sich mit Spandau ein Ort, an dem sich die mittelalterliche Geschichte des Spree-Havelraumes exemplarisch fassen lässt. Hier, im Mündungsbereich der Spree in die Havel und am Zusammentreffen der brandenburgischen Landschaften Barnim, Teltow und Havelland, befinden sich mehrere Orte, die die historische Entwicklung einer ganzen Landschaft im slawisch-deutschen Mittelalter widerspiegeln. Dazu gehören der Spandauer Burgwall sowie das Areal der Spandauer Zitadelle, auf der mit dem Julisturm noch ein Rest der mittelalterlichen askanischen Burg aus dem 13. Jahrhundert erhalten ist. Diese Burg hat ihre Wurzeln in einer spätslawischen Befestigung. Weiterhin sind die deutsche Rechtsstadt Spandau und der nördliche Teil der Altstadt, der Behnitz, zu nennen. Dieser Ortsteil war ursprünglich das mittelalterliche Dorf Behn, das ebenfalls spätslawische Wurzeln besaß und im Jahr 1240 in die Stadt integriert wurde (Abb. 1). Die archäologische Forschung hat in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Fragen der mittelalterlichen Entwicklung der genannten Standorte klären können.<sup>1</sup>

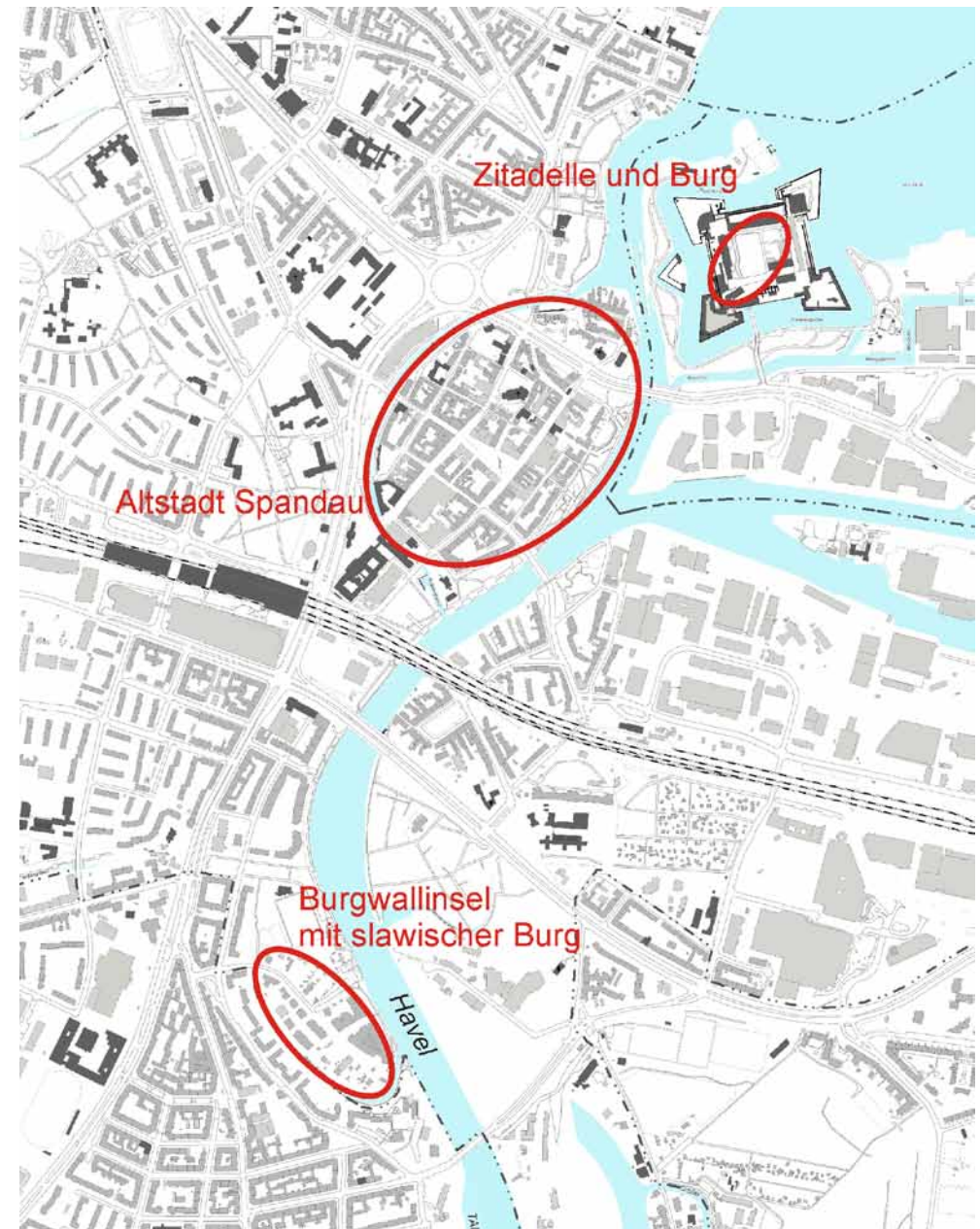


Abb. 1: Karte von Spandau, eingezeichnet sind der slawische Burgwall südlich der Altstadt, die Altstadt mit dem Behnitz sowie die Zitadelle. Kartengrundlage Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Bearbeitung: Gunnar Nath und Jens Henker, Landesdenkmalamt Berlin.

In Spandau treffen mit Spree und Havel zwei überregionale Handels- und Kommunikationswege zusammen, die nicht erst seit dem Mittelalter von Bedeutung waren. Es lässt sich eine Besiedlung seit der Steinzeit nachweisen und hier wurde auch einer der bedeutendsten bronzezeitlichen



Hortfunde des Berliner Raumes geborgen. Eine besondere Bedeutung erlangte dieser Raum nach der slawischen Einwanderung im 7. und 8. Jahrhundert. Die slawischen Siedler ließen sich unter anderem auf einigen der zahlreichen Schwemm- und Torfinseln im Mündungsbereich der Spree in die Havel nieder.

Etwa ein Kilometer südlich der Altstadt liegt auf einer Havelinsel der ehemalige slawische Burgwall Spandau. Bei den archäologischen Untersuchungen der vergangenen Jahrzehnte sind weit über tausend Holzproben für dendrochronologische Untersuchung gewonnen worden. Durch sie konnte ein fast geschlossenes Bild der Entwicklung des Spandauer Burgwalles erarbeitet werden. Während der slawischen Einwanderung entstand hier eine offene Siedlung und im letzten Drittel des 9. Jahrhunderts errichteten die Slawen zunächst eine kleine Burg. Die Bäume für diesen Bau wurden im Winter des Jahres 876, also in der zweiten Jahreshälfte, gefällt. Im ersten Drittel des 10. Jahrhunderts, um das Jahr 920, erfolgte ein weiterer Ausbau und eine Vergrößerung der Burg. In dieser Zeit entwickelte sich erst eine unbefestigte Vorburgsiedlung, die in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts ebenfalls befestigt wurde. So entstand eine 120 x 70 Meter große ellipsenförmige Anlage aus Burg und Burgstadt. Sie hatte zunächst nur wenige Jahre Bestand und ging in einer großen Brandkatastrophe unter, die mit einiger Sicherheit mit dem großen Slawenaufstand im Jahr 983 in Zusammenhang gebracht werden kann.<sup>2</sup>

Nach dem Wiederaufbau erfuhren Burg und Burgstadt sowie die unmittelbare Umgebung vor allem in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts einen erheblichen Ausbau. Der Wall erhielt eine mehrteilige Kastenkonstruktion aus Holz und Lehm und wurde in der Folgezeit ständig erweitert und erhöht. Es deutet sich an, dass dieser Ausbau nicht nur militärische Ursachen hatte, sondern auch auf Umwelteinflüsse zurückzuführen sein könnte, da anscheinend der steigende Havelpegel die Anlage bedrohte (Abb. 2).

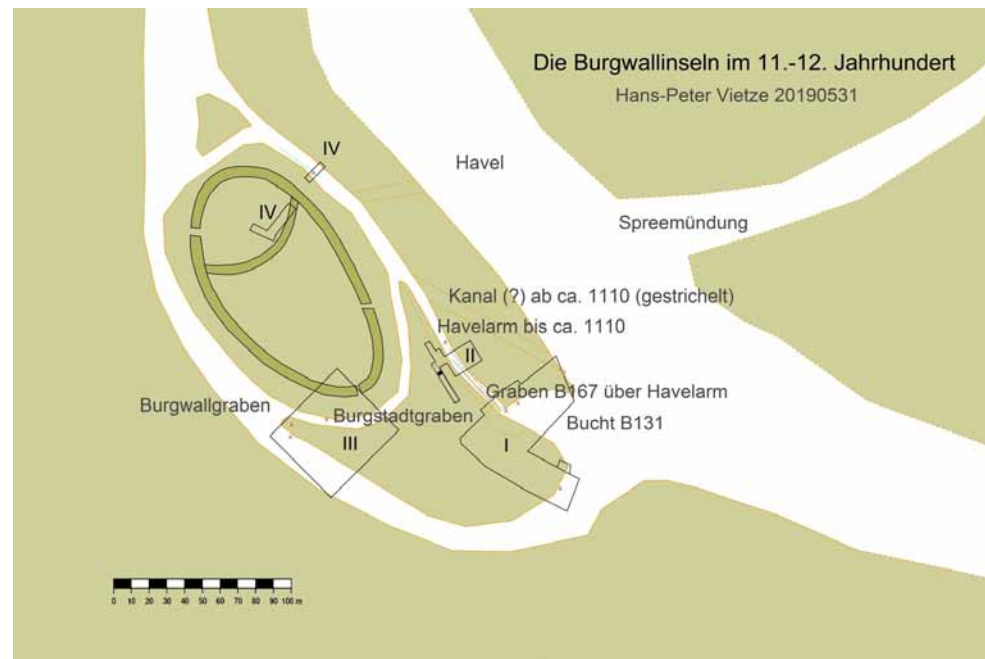


Abb. 2: Burg-Siedlungskomplex Spandauer Burgwall auf Grundlage der Karte Spandau 1650. Eingezeichnet sind die archäologischen Untersuchungen von 2005–2009 (Römische Zahlen). Kartengrundlage historische Karte Spandau 1650. Bearbeitung: Hans-Peter Vietze.



Abb. 3: Kasemattenartig ausgebauter Raum in der slawischen Kastenkonstruktion des Walles auf der Zitadelle Spandau. Foto: Ortsakten des Landesdenkmalamts Berlin.

Etwa 2 km nördlich des Burgwalls konnte auf dem Gelände der heutigen Zitadelle Spandau eine weitere slawische Befestigungsanlage nachgewiesen werden. Die ersten slawischen Siedler ließen sich hier im 8. Jahrhundert nieder, gaben aber die Siedlung bereits kurze Zeit später wieder auf. Die erneute Besiedlung setzte erst mehrere Jahrhunderte später mit dem Bau einer befestigten Siedlung wieder ein. Die Befestigung bestand aus einer einfachen kastenförmigen Holz-Erde-Mauer, aus jeweils 4,5 Meter langen Kiefernstämmen. Nördlich des Juliusturms wurden sechs Kästen dieser Mauer ausgegraben, von denen ein Kasten kasemattenartig für Wohn- oder Lagerzwecke mit einer Dielung ausgebaut worden war (Abb. 3). Entlang der Außenfront lagen Baumstämme, die mit Pfosten und Querriegeln gesichert waren und die Mauer vor dem Wasser der Havel schützten.<sup>3</sup>

Holzproben weisen Bautätigkeiten an dieser Befestigung in den Jahren 1094 und 1117 nach. Es war der Zeitraum, in dem auch ein erheblicher Ausbau des Spandauer Burgwalls erfolgte. Anscheinend wurde hier eine befestigte Siedlung mit einfacher Befestigung errichtet, bei der man mit einem handelspolitischen Schwerpunkt rechnen muss. Die zahllosen neuzeitlichen Eingriffe

auf dem Zitadellen-Gelände haben allerdings die slawischen Befunde im erheblichen Maß zerstört.

Damit war im Verlauf des 11. und in den ersten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts auf nur wenigen Quadratkilometern ein slawischer Zentralort von erheblichen Ausmaßen und von Bedeutung entstanden. Hier vereinigte sich am Zusammenfluss zweier innerslawischer Handels- und Kommunikationswege militärische Präsenz, handwerkliche Tätigkeit sowie Handelsinteressen auf engstem Raum. Kern war die stark befestigte Anlage der Burg und Burgstadt mit mehreren Suburbien im unmittelbaren Umfeld. Hinzu kam die befestigte Siedlung auf der heutigen Zitadellen-Insel. Weiterhin gehörte eine größere Anzahl von offenen Siedlungen als wirtschaftliches Hinterland dazu, die sich fast ausschließlich auf dem westlichen Ufer der Havel befanden. Dieser Komplex muss neben Brandenburg als zweites wichtiges Machtzentrum des im Havelland beheimateten slawischen Stammes der Heveller angesehen werden. Solch eine Ballung von gleichzeitig existierenden Befestigungsanlagen und Siedlungen ist im westslawischen Siedlungsraum kein Einzelfall.<sup>4</sup>

Die Bautätigkeit endete laut der dendrochronologischen Daten auf dem Burgwall Spandau in der Mitte des 12. Jahrhundert. Die aus den jüngsten Schichten geborgene Keramik macht es aber wahrscheinlich, dass der Burgwall bis in die ersten Jahrzehnte des 13. Jahrhundert, zumindest teilweise noch, genutzt und dann erst aufgegeben wurde. Die strategische Lage dieses Ortes fand auch das Interesse der askanischen Eroberer im ausgehenden 12. Jahrhundert. Für ihre Burg wählten sie den Standort der befestigten Handelssiedlung. Es gab mehrere Gründe, die für diese Wahl sprechen. Das Interesse der Askanier galt unter anderem einem Vordringen in Richtung Oder, der nur über den Barnim erfolgen konnte. Der Übergang über die Havel am Spandauer Burgwall führte aber auf den Teltow. Mit der Verlegung des Havelübergangs auf das Gelände der heutigen Zitadelle gelangte man nun auf den Barnim. Eine weitere Möglichkeit für diese Wahl könnte in Umwelteinflüssen zu suchen sein.

Es ließ sich bei den Ausgrabungen auf dem Burgwall nachweisen, dass im Verlauf des 11. Jahrhunderts der Pegel der Havel anstieg. Der Bau der befestigten Siedlung kann auch darauf zurückzuführen sein, dass sich der schiffbare Hauptmündungsarm der Spree vom Burgwall zur heutigen Zitadelle schon in slawischer Zeit verlagert hatte und sich so einer Kontrolle entzog. Dies veranlasste anscheinend die Verantwortlichen zur Wahrung ihrer Interessen dieser Veränderung

durch den Bau einer weiteren Befestigung zu begegnen. Auch die Askanier erkannten die strategische Lage dieser Siedlung und errichteten hier ihre Burg.

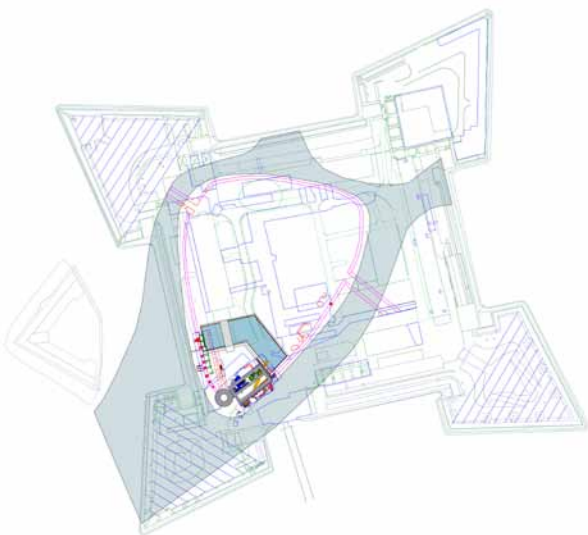


Abb. 4: Plan der Zitadelle mit rekonstruierten Gewässerverlauf sowie dem Verlauf der mittelalterlichen slawischen und deutschen Befestigung und der Brücken. Der Plan basiert auf den Ergebnissen der archäologischen Forschung der vergangenen Jahrzehnte. Bearbeitung: Plan Gunnar Nath, Landesdenkmalamt Berlin.

Die ursprüngliche, etwa dreieckige, Form der slawischen Anlage wurde für den Bau der deutschen Burg beibehalten (Abb. 4). Der Ausbau erfolgte zunächst ebenfalls mit Holz und die ehemals slawische Erde-Holz-Mauer wurde verbreitert und erhöht. Holzproben von dieser neuen Befestigung konnten in das Jahr 1197 datiert werden. Sie weisen nach, dass der Umbau der slawischen Befestigung zur deutschen Burg in dieser Zeit begann oder schon im Gang war. In dem genannten Jahr ist Spandau und der dortige Vogt erstmals urkundlich erwähnt worden.<sup>5</sup>

Als erstes steinernes Bauwerk wurde zu Beginn des 13. Jahrhundert der Juliierturm errichtet. Unmittelbar neben dem Turm befindet sich heute der gotische Palas aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, zu dem auch ein Vorgängerbau nachgewiesen werden konnte. Im Zuge des askanischen Umbaus wurde der Burgbereich um den Turm und Palas durch einen Graben von der Vorburg abgetrennt. Weiterhin gibt es Hinweise auf einen Friedhof und eine dazu gehörende Kapelle im nördlichen Teil der Burganlage. Brücken verbanden die Burg mit dem westlichen und östlichen Ufer der Havel. Während des weiteren Ausbaus der Burg Spandau im 14. und 15. Jahrhundert erfolgte der Umbau zu einer steinernen Anlage.<sup>6</sup>

Der slawische Befund sowie freigelegte Reste der askanischen Burg, wurden als Archäologisches Fenster den Besuchern der Zitadelle zugänglich gemacht (Abb.5). Hier werden weiterhin 23 jüdische Grabsteine ausgestellt, die seit den 1950er Jahren bei archäologischen Untersuchungen auf der Zitadelle geborgen wurden. Insgesamt sind bisher über 75 Grabsteine zutage getreten, die vor allem in Fundamenten des Palas und der ehemaligen Ringmauer verbaut worden waren. Der älteste Stein datiert aus dem Jahr 1244 und der Jüngste aus dem Jahr 1474. Sie stammen vom mittelalterlichen jüdischen Friedhof Spandaus, auf dem auch die Berliner Juden beigesetzt worden waren. Wo dieser Friedhof sich befand, ist bis heute unbekannt.<sup>7</sup>



Abb. 5: Archäologisches Fenster im Foyer der Zitadelle mit den hölzernen und steinernen Befestigungsresten aus dem 11.–15. Jahrhundert. Im Hintergrund sind die ausgestellten jüdischen Grabsteine zu sehen.

Foto: Wolfgang Bittner, Landesdenkmalamt Berlin.



Westlich der Burg wurde das Dorf Behn, heute Behnitz, anscheinend als Kietz angelegt. Der Behnitz weist eine ähnliche Besiedlungsgeschichte wie die Zitadellen-Insel auf und befand sich zunächst im Besitz der Spandauer Vögte. Das Dorf wird für brandenburgische Verhältnisse früh, im Jahr 1232, genannt. Im erwähnten Jahr erhielt die Stadt Spandau die Erlaubnis eine „kleine Flutrinne“ zu bauen, mit der das Dorf Behnitz zunächst von der Stadt getrennt wurde. Im Jahr 1240 kam der Behnitz in den Besitz der Stadt Spandau.

Parallel zum Bau der Burg war die Gründung der Stadt Spandau das wichtigste Ereignis der frühen deutschen Siedlungsphase im Spreemündungsgebiet. Die Geschichte beider Orte ist untrennbar miteinander verbunden. Wie bei den bisher beschriebenen Objekten begleiteten auch in der Altstadt Archäologen und Bodendenkmalpfleger zahlreiche Baumaßnahmen. Es gelang ihnen nicht nur die frühe Stadtgeschichte Spandaus teilweise nachzuvollziehen, sondern auch Befunde in situ zu sichern und in ‚Archäologischen Fenstern‘ museal zu präsentieren.

Die Stadt Spandau wurde erstmals im Jahr 1232 in einer Urkunde erwähnt, in der verschiedene rechtliche und wirtschaftliche Aspekte der Stadt verfügt wurden. Der Wahrheitsgehalt dieser Urkunde, die nur in einer Abschrift aus dem 15. Jahrhundert vorliegt, wird stark in Zweifel gezogen. Trotzdem ist mit einem echten Kern der Urkunde zu rechnen, wie zum Beispiel die Anlage der „kleinen Flutrinne“ zeigt. Die bodendenkmalpflegerische Arbeit hat nachgewiesen, dass die Entstehung der Stadt im ausgehenden 12. Jahrhundert anzusetzen ist.

Vor der Gründung der Stadt haben die Siedler zunächst das Areal einer kleinen vorstädtischen Siedlung befestigt. Diese Befestigung ließ sich an mehreren Stellen nachweisen, so dass ihr Verlauf, der ein enges Carré im Zentrum der späteren Altstadt umfasste, als zum überwiegenden Teil gesi-

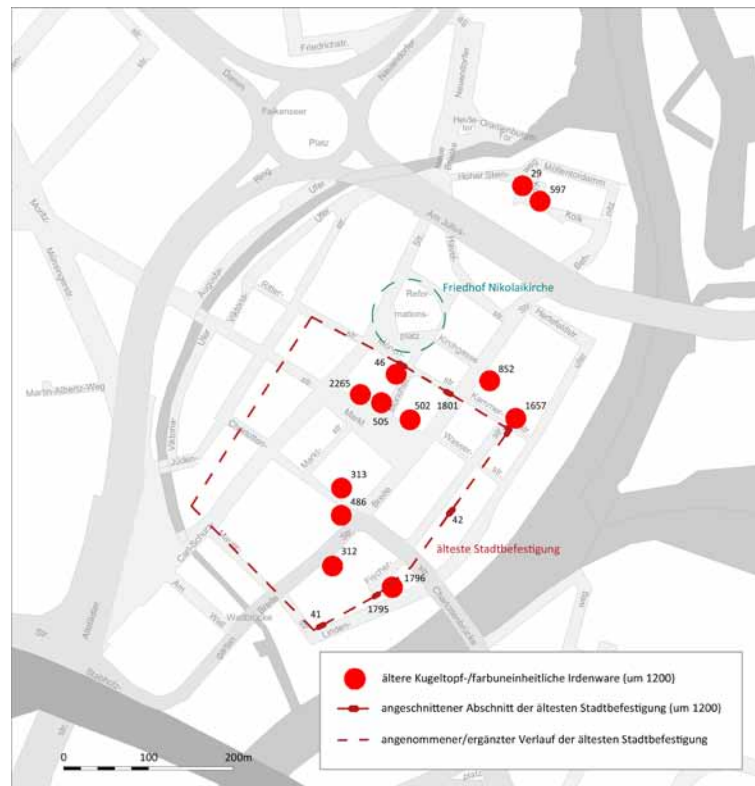


Abb. 6:  
Rekonstruierter  
Verlauf der ältesten  
Stadtbefestigung  
mit Angabe der  
Fundstellen sowie  
Fundstellen der  
ältesten deutschen  
Keramik in der  
Altstadt Spandau.  
Bearbeitung:  
Jens Henker,  
Landesdenkmalamt  
Berlin.

chert gelten kann (Abb. 6). Der erhebliche Geländeeingriff in Form einer Befestigung mit Holz-Erde-Konstruktion und einem Graben hinterließ in der Geländestruktur seine Spuren. Untersuchungen wiesen künstliche Muldenlinien nach, die fast identisch mit dem Verlauf dieser frühen Stadtbefestigung sind. Erhalten ist auch eine Geländestufe entlang der Ritter- und Mönchstraße bis zur Kammerstraße, wo der Nordabschnitt der Befestigung verlief. In der Mönch- und Kammerstraße, ist ein Teil der Stadtbefestigung ausgegraben worden. Ecke Kammer- und Fischerstraße knickte diese Befestigung im rechten Winkel nach Süden ab und verlief parallel zur Havel.<sup>8</sup>

Diese erste Anlage bestand aus einer einfachen Kastenkonstruktion mit doppelwandiger Palisade, die im Außenbereich mit Lehm verputzt war (Abb. 7). Vorgelagert war diesem Bau ein bis zu 3 Meter breiter und 1 bis 1,5 Meter tiefer Spitzgraben. Entlang der Havel wurde die Befestigung als Graben mit dahinterliegender Doppelpalisade ausgeführt. Holzproben datieren diese Befestigung in das zweite Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts. Wie lange diese Befestigung

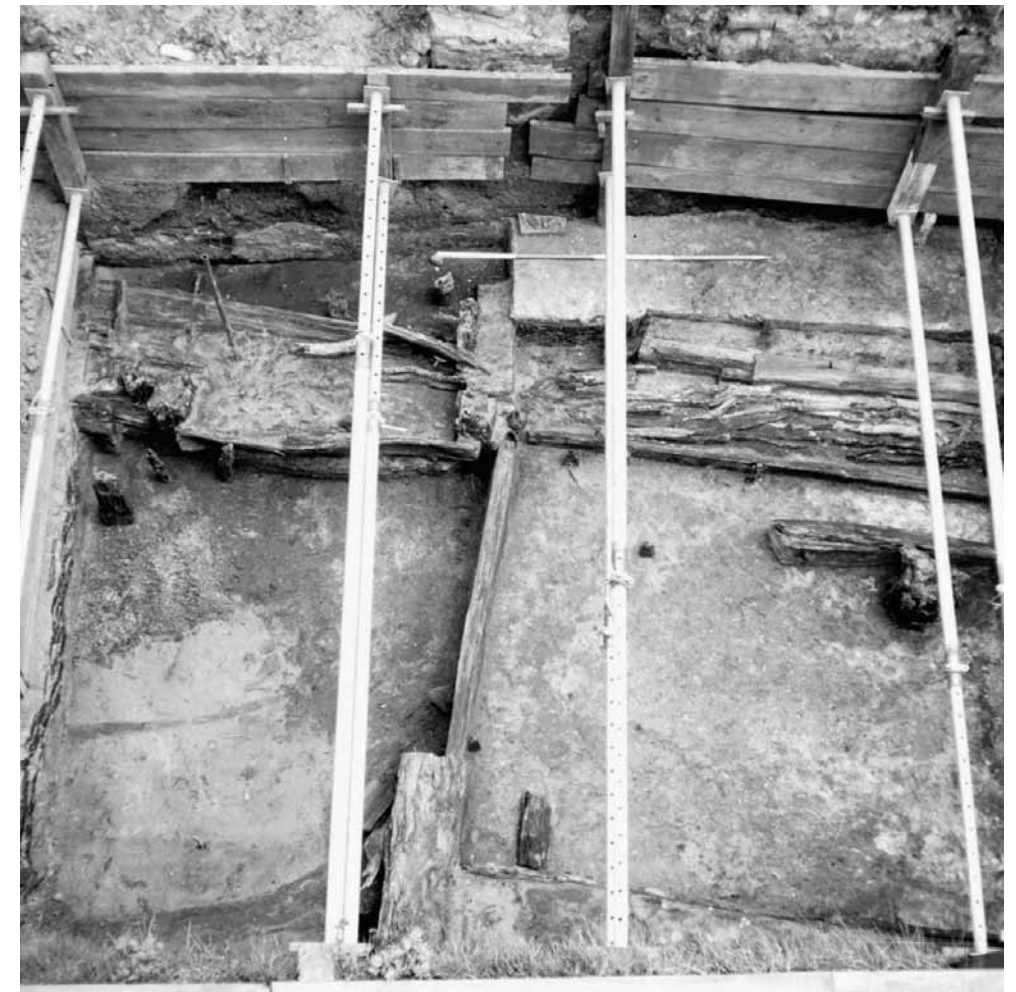


Abb. 7: Kastenkonstruktion mit doppelwandiger Palisade der vorstädtischen Stadtbefestigung in der Kammerstraße in der Altstadt Spandau. Foto: Ortsakten des Landesdenkmalamt Berlin.



bestand, ist nicht bekannt. Im archäologischen Befund zeigen sich, wie überall in der Altstadt, Brandspuren, die vermutlich von einem Stadtbrand um das Jahr 1240 stammen. Spätestens hier ist das Ende der ersten Befestigung zu suchen.<sup>9</sup>

Anscheinend ist der zukünftigen Stadt noch im ersten Drittel des 13. Jahrhunderts ihr späteres Areal zugewiesen und befestigt worden. Bei Ausgrabungen im südöstlichen Teil der Altstadt, am heutigen Lindenufer, fanden sich die Reste mehrerer hintereinander liegender früher Stadtbefestigungen. Die erste dieser Befestigungen bestand aus einem bis zu 3 Meter breiten Wassergraben mit einer Doppelpalisade. Dieser Anlage war noch ein anscheinend natürlicher Wasserlauf von bis zu 5 Meter Breite vorgelagert. Sie gehörte zur genannten Befestigung aus den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrhundert. Der steigende Havelpegel hat die Spandauer Bürger bald gezwungen, Wassergraben und Doppelpalisade einige Meter Stadteinwärts auf höheres Terrain zu verlegen. Der Wasserlauf und der künstliche Graben der ersten Anlage wurden verfüllt, teilweise mit Siedlungsabfällen, und mit Zweigen und Baumstämmen abgedeckt.<sup>10</sup>

Die geborgene Keramik datiert den Bau dieser zweiten Befestigung in die zweite Hälfte des 13. Jahrhundert. Es kann vermutet werden, dass die Befestigung das Stadtareal bis zum Bau der steinernen Stadtmauer umschloss. Die Errichtung der zweiten Befestigung, die mit Sicherheit das gesamte spätere Altstadtgebiet umschloss, markiert den Beginn des Ausbaus Spandaus zur deutschen Rechtsstadt. Die heutige Altstadt wurde seit dem Spätmittelalter durch eine steinerne Stadtmauer geschützt, die auch den Behnitz miteinschloss. Sie wurde im Verlauf des 14. Jahrhunderts erbaut und zum großen Teil am Ende des 19. Jahrhundert wieder abgerissen. Einige wenige baulichen Reste finden sind noch auf dem Behnitz.

Ein interessanter Aspekt ist, dass das Areal um die Nikolaikirche außerhalb der ersten Befestigung lag. Ausgrabungen im Umfeld der Kirche brachten keine Hinweise auf eine hier vermutete Nikolaisiedlung als früheste vorstädtische Wurzel der Stadt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Keimzelle der späteren Rechtsstadt Spandau innerhalb dieses ersten Befestigungs-Carrés zu suchen ist. Warum die Nikolaikirche außerhalb der Befestigung lag, konnte bisher nicht geklärt werden. Sicher ist, dass der Friedhof bis in die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts zurückreicht. Es fanden sich noch zahlreiche Gräber mit slawischem Kulturgut. Mit Sicherheit wird auch ein früher Vorgänger der heutigen Nikolaikirche dazu gehört haben.<sup>11</sup>

Die Frage, ob es eine Kirche innerhalb des vorstädtischen Carrés gab, konnte bisher nicht beantwortet werden. Als eine Möglichkeit wird die im Jahr 1837 zur Kaserne umgebaute und 1920 abgerissene Moritzkirche in Betracht gezogen. Archäologische Untersuchungen im Umfeld der ehemaligen Moritzkirche haben bisher nur den dazugehörigen, bis in das Mittelalter zurückreichenden, Friedhof nachgewiesen. Allerdings hätte auch dieses Gotteshaus nach bisherigen Erkenntnissen außerhalb der frühen Siedlung gelegen.

Anscheinend expandierte diese frühe Siedlung sehr schnell. Außerhalb der vorstädtischen Siedlung, unmittelbar zwischen der Befestigung und dem Friedhof der Nikolaikirche, fanden sich mehrere Kellerreste von Gebäuden, die im frühen 13. Jahrhundert errichtet wurden. Um das Jahr 1300 wurde dieses Areal dann durch ein 6 bis 7 Meter breites und mindestens 30 Meter langes Gebäude, heute das archäologische Fenster Reformationsplatz 2–3, überbaut (Abb.8). Das Gebäude wurde auf Kosten des Friedhofes errichtet. Dieser Befund, Fundamentreste und Gräber, sind als archäologisches Fenster am Reformationsplatz zugänglich.

Vermutlich hatten die Markgrafen das Areal ihrer Stadt Spandau so großzügig geplant, dass Teile zunächst nicht besiedelt werden konnten. Erst im 14. Jahrhundert begann eine allmähliche Besiedlung noch freier Flächen. Bei den Ausgrabungen am Lindenufer wurde hinter der Befestigung ein 35 Meter breiter Streifen freigelegt, bei dem sich zeigte, dass dieses Areal teilweise bis in die frühe Neuzeit nicht bewohnt war. Stattdessen fanden sich parallel zu den Palisaden Pflugscharen. Bei Ausgrabungen in den 1950er Jahren legten die Bodendenkmalpfleger Teile eines



Abb. 8: Fundamentreste eines Bürgerhauses um 1300 während der Ausgrabungen Anfang der 1980er Jahre am Reformationsplatz in der Altstadt Spandau. Im Hintergrund die Nikolaikirche. Foto: Ortsakten des Landesdenkmalamts Berlin.

Bohlenweges aus Eichen- und Kiefernholz frei. Vermutet wird eine Brückenzufahrt oder ein vom befestigten Havelufer durch das Gartenland führender Bohlenweg.<sup>12</sup>

Die ersten Höfe entstanden hier frühestens in der Zeit um 1300. Angelegt wurden eingezäunte Gehöfte mit mehreren Gebäuden. Dass dieser Zustand bis in das 17. und 18. Jahrhundert andauerte, zeigen Karten aus dieser Zeit, die weite Teile der Stadt im südlichen wie nördlichen Teil um das Zentrum als Gartenland auswiesen. Die Schwierigkeiten bei der Besiedlung der Grundstücke stehen mit Sicherheit im Zusammenhang mit dem auffallend schnellen Bedeutungsverlust Spandaus. Trotz seiner handelspolitisch vorteilhaften Lage geriet die Stadt Spandau schnell in den Schatten der aufstrebenden Doppelstadt Berlin/Cölln. An diesem Zustand hat sich bis heute nicht viel geändert. Spandaus Bedeutung lag bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs vor allem im militärischen Bereich.

Exemplarisch für die Stadtentwicklung ist das *Gotische Haus* aus dem 15. Jahrhundert in der Altstadt Spandau, ein herausragendes Baudenkmal des Spätmittelalters mit noch erhaltenem aufwendigen Netzrippengewölbe und Spitzbogenarkaden im Erdgeschoss. Ausgrabungen haben einen Fachwerkbau als Vorgänger nachgewiesen. Weitere Befunde wies die Besiedlung dieses Grundstückes bis in die erste Hälfte des 13. Jahrhundert nach. Slawische und bronzezeitliche Funde zeigen, dass dieser Standort auch schon von früheren Siedlern genutzt worden war.<sup>13</sup>

Die landesherrliche Burg war ein wichtiger Etappenort für die askanische Eroberung des Barnim und auf dem Weg zur Oder. Von hier führte der Bernauer Heerweg nach Norden über den Barnim. Als Vogtei-Sitz hatte Spandau einen erheblichen administrativen Anteil am Ausbau des Umlands und die ersten urkundlichen Nennungen beziehen sich ausschließlich auf die Burg. Welche Bedeutung dieser Standort bereits in der Frühzeit der Mark Brandenburg besaß, zeigt ein Vorfall aus dem Jahr 1229. Die Markgrafenbrüder Johann I. und Otto III. flohen nach der





Schulze, Johann Ludewig Dilschmann und Otto Kuntzemüller würdigten den Altstadtplatz in ihren Werken. In der hier vorliegenden Arbeit werden insbesondere zwei Fragestellungen diskutiert, zum einen der mögliche Standort der mittelalterlichen Kalandsbruderschaft und zum anderen die unterschiedlichen Namensbenennungen des Platzes.

Das Bestehen einer Kirche um 1200 scheint sicher, der verheerende Stadtbrand 1240 vernichtet diese jedoch wie auch fast die gesamte Stadt. Im direkten Umfeld der zentralen Marktkirche St. Nikolai entstanden neben kirchlichen (Wohn-)Gebäuden auch die einflussreicher märkischer Adliger und Bürger, die im Laufe der Jahrhunderte unterschiedliche Nutzungen erfuhren. Unmittelbar an die St.-Nikolai-Kirche, die hier nicht weiter betrachtet wird, grenzt der Fried- oder Kirchhof<sup>3</sup> an, der erstmals 1424 genannt wird. Erneute Erwähnung fand er 1431 bei seiner kirchlichen Weihe durch den brandenburgischen Bischof Stephan.<sup>4</sup> Es war im Mittelalter üblich, dass der Platz rund um die Kirche als Begräbnisort diente. Es ist zu vermuten, dass sowohl der Baugrund als auch die danebenliegenden Flächen vor der Bischofsweihe durch einen örtlichen Geistlichen geweiht wurden.

## Die Spandauer Kalandsbruderschaft

Der *Kaland* ist eine Bruderschaft aus Geistlichen des niedrigen Klerus und Laien, die sich regelmäßig treffen, um karitative Aufgaben innerhalb ihrer Gemeinde oder Stadtgesellschaft und der Sorge des Seelenheils eigener Mitglieder wahrzunehmen. Auch für Spandau ist der Kaland dokumentiert, das Augenmerk lag in der Forschung bislang jedoch nicht auf den Standort und die Art des Gebäudes selbst. Eine Kalandgemeinschaft umfasst die Geistlichen einer größeren oder mittleren Stadt und der vielen kleinen Landgemeinden in der weiteren Nachbarschaft. Für das Land Brandenburg sind mehrere Kalanddistrikte nachgewiesen. Weitere Gebäude, die gemeindlich von der St.-Nikolai-Kirche genutzt wurden, sind am südlichen Rand des Platzes die Reste einer Dominikaner Terminei.<sup>5</sup> In den späten 1970er Jahren ist das Grundstück neu bebaut worden und ein historisches Schaufenster zur Präsentation der hier erfolgten archäologischen Ausgrabungen entstanden. Nach Aufgabe der Terminei verfügte wohl zuerst das Spandauer Benediktinerinnenkloster St. Marien über das Grundstück und hat es später zur Nutzung der Spandauer Kalandsbruderschaft<sup>6</sup> zur Verfügung gestellt. Seit 1313<sup>7</sup> ist die Existenz dieser Bruderschaft für Spandau belegt. Zur Ersterwähnung sind mehr als 20 Geistliche aus 16 verschiedenen Orten<sup>8</sup> um Spandau herum bezeugt. Bis 1358 wurden die Kalände von Barnim, Fahrland und Spandau<sup>9</sup> vereint. Im Spandauer Kaland wurden danach vermutlich deutlich über 40 Kirchsprengel repräsentiert. Bisher konnte nicht abschließend geklärt werden, wo sich das Gebäude des Kalandes in Spandau befand. Es wird



St.-Nikolai-Kirche von Spandau,  
kol. Stahlstich von Ernst Emil Höfer, Darmstadt 1848.  
Sammlung Bannasch

der Versuch unternommen, diese kirchliche Einrichtung in Spandau geographisch zu verorten. Ein Haus der Bruderschaft kann auch nicht in Abrede gestellt werden, lediglich der Ort steht aus.

In einer Urkunde von 1424 wird erwähnt, dass ein Pfarrer aus Seegefild (heute Ortsteil von Falkensee) ein Haus, das die Benediktinerinnen zur Verfügung stellten, zur Nutzung auf dem damaligen Kirchhof erhielt.<sup>10</sup> Die Nutzung war an Bedingungen gebunden. Pohl vermutet wohl richtig, dass dieser Geistliche dem Spandauer Kaland angehörte. Hier stellt sich die Frage, warum einem örtlich in Spandau nicht beheimateten Pfarrer ein Gebäude überlassen wird. Es ist anzunehmen, dass er als Sachwalter zugunsten des Kalandes das Gebäude übernommen hat. Alles andere ist auszuschließen.<sup>11</sup> Die Geistlichkeit verfügte weiterhin über diese Liegenschaft und veräußerte sie zu einem späteren Zeitpunkt. Die Wertigkeit des Grundstückes in solch illustrierter Nachbarschaft impliziert vielmehr die Zugehörigkeit zu einer renommierten Institution. Zumal der Pfarrer von St. Nikolai für die Aufsicht des Spandauer Kalandes zuständig war, was durch die unmittelbare Nähe gegeben war. Einkünfte bezog die Kalandsbruderschaft unter anderem durch die Einnahmen des Altars für die heilige Margarethe, der in der Nikolai-Kirche stand, oder durch umfangreiche Kreditgeschäfte.<sup>12</sup> Wie Pohl in seiner Dissertation nachweist, war der Spandauer Kaland ebenfalls stark im Kreditgeschäft involviert. Bürgerstellen sind hier in den ersten Jahrhunderten sicher nicht zu finden. Pohl hat in seiner Dissertation über die kirchlichen Einrichtungen in Spandau hier nicht die logische Schlussfolgerung gezogen und die Überschreibung an den Dorfpfarrer nicht weiter hinterfragt.<sup>13</sup> Hier kommt m.E. nach nur das Grundstück der ehemaligen Terminei, südlicher Teil des Kirchhofes, in Frage.<sup>14</sup> Die Nutzung fast aller weiterer Grundstücke ist überliefert.

Gut einhundert Jahre später wird diese Liegenschaft mit Gebäude veräußert. Im Visitationsbescheid vom 29. April 1541 ist folgender Eintrag zu lesen: „Alsdan die kalansherrn allhier etwan das kalandhaus vorkauft.“<sup>15</sup> Käufer des Kalandgrundstückes ist ein Michael Happe von Happberg.<sup>16</sup> Bislang wurden noch keine Anstrengungen unternommen, diese Person im Kontext der stadthistorischen Forschung Spandaus zu erschließen. Die wiederholte Mutmaßung, bei dem Käufer könne es sich um einen begüterten Bauern handeln, ist nicht aufrechtzuerhalten. Auch Pohl macht zur Person keine weiteren Angaben. Das Geschichtswerk von Daniel Friedrich Schulze weist mehrfach auf die Happes hin, unter anderem wird auch ein Edelknabe des Namens, der in Spandau lebte, erwähnt. In den 1530er Jahren erhält Happe von Happberg<sup>17</sup> das Spandauer Burglehen. Vermutlich erhielt er lediglich die Einkünfte daraus und bewohnte die Burg wohl nicht. Er kam 1527 aus dem Fränkischen in die Mark Brandenburg und war adliger Herkunft. Nur wenig später erscheint er im Umfeld Joachims I. und seines Sohnes Joachim II. und wird mit Gütern belehnt. Er konnte lediglich Streubesitz erwerben, später konzentrierte sich sein Lebensmittelpunkt auf den erweiterten Umkreis von Lehnin, wo er Amtmann des kurfürstlichen Amtes Lehnin wurde. Diesem Edelmann, mit den Einkünften der Spandauer Burg belehnt, ergibt sich 1537 die Möglichkeit, ein repräsentatives Gebäude in der Spandauer Altstadt von dem Kaland zu erwerben.<sup>18</sup> Sicher kauft er kein Grundstück in der Breiten Straße, wo Schulze das Kalandgebäude vermutet. Überliefert ist für das Kalandgebäude eine zweistöckige Höhe und es umfasste zwei Bürgerstellen. Wahrscheinlich hatte es auch einen portalähnlichen Eingang. Diese Einteilung als Bürgerstelle kam erst nach der Reformation zur Geltung. Im Zuge der brandenburgischen Reformation<sup>19</sup> wurde der aufgegebenen kirchliche Besitz zur exklusiven Wohnlage für Adel und Patriziat.

## Weitere Nutzung des zentralen Platzes

Bis zum ausgehenden Mittelalter war es üblich, den Kirchhof als Begräbnisplatz zu nutzen. Die Pestepidemien machten es erforderlich, die Friedhöfe auch nach außerhalb zu verlegen.<sup>20</sup> Ein weiterer Friedhof wurde zur heute nicht mehr existierenden Moritzkirche<sup>21</sup> in der Judenstraße verlegt. Die Pflasterung des Mittelgangs der Nikolai-Kirche wurde mit den verwitterten Grabsteinen

des Kirchhofs 1723 erneuert, sie sind heute noch erkennbar. Voraussetzung war, dass die dort „befindliche[n] alte Leichen Steine, wenn von denen Familie, welche solche zugehöret, Niemand mehr vorhanden, auch keine Schrift oder Wapen mehr darauf zu sehen, zum Pflaster ... employert werden möchte.“<sup>22</sup>

In den folgenden einhundert Jahren scheinen nur noch Erbbegräbnisse bedeutender Spandauer Familien genutzt worden zu sein. Die letzte Beisetzung fand offenbar 1742 statt.<sup>23</sup> Ein Teil des Kirch- und Friedhofes blieb damit der städtischen Oberschicht vorbehalten, die hier ihre Erbbegräbnisse anlegten. Die bedeutende Spandauer Familie Neumeister, die mehrere Bürgermeister stellte, aber auch die Dilschmanns<sup>24</sup> und andere Familien unterhielten derartige Grabanlagen. Die Inschrift eines Steines soll hier wiedergegeben werden, um Einblick in die Begräbniskultur des 18. Jahrhunderts zu bekommen. Für den am 23. Januar 1730 Verstorbenen ist geschrieben: „Hier ruhet in Gott Herr Otto Wilhelm Daenike, Vornehmer, Wohlberühmter Kauf- und Handelsmann allhier“, weiterhin lesen wir, dass er aus Wolfenbüttel zugewandert und zweimal verheiratet war.<sup>25</sup>

Auch der weit über Spandaus Grenzen bekannte Politiker Adam von Schwarzenberg<sup>26</sup> wurde in der Nikolai-Kirche beigesetzt. Über 130 Jahre später, am 20. August 1777 wurde von Ernst Ludwig Heim<sup>27</sup> das Grab des Reichsgrafen exhumiert, um die ursprüngliche Todesursache festzustellen.<sup>28</sup> Jahrzehnte hielt sich das Gerücht, Adam Schwarzenberg wäre in Spandau enthauptet worden, Heim konnte diese Behauptung widerlegen. Bei der Auflassung der Grabfelder war es den Angehörigen gestattet, die Grabsteine ihrer Ahnen abzuholen.<sup>29</sup> So kam es, dass etliche Steine einfach an der Kirchenmauer abgelegt oder aber auch Grabmale zuhause bei den Familien aufgestellt wurden. Beisetzungen fanden danach nur noch im geringen Umfang direkt im Mauerbereich der Kirche statt. Eine Belegung auf dem Platz war damit ausgeschlossen. Von da an wird der Platz zum Exerzieren genutzt. Der damalige Kommandant von Derschau<sup>30</sup> wollte ausreichend Raum haben, damit sich seine Soldaten, wenn sie auf Wache zogen, ordentlich aufstellen und präsentieren konnten. Kurze Zeit später verstarb der Regimentskommandeur in der Havelstadt an Verstopfung.

Neben anderen Regimentskommandeuren verfügte Prinz Heinrich, Bruder Friedrichs II., 1751 die Umwidmung des Platzes gegen den Willen der Kirche. Er nutzte den Platz nunmehr verstärkt zum Exerzieren seines in der Havelstadt stationierten Füsilierregiments. Etwas später wartete Oberst von Stwolinsky<sup>31</sup> offensichtlich eine Reise des Pfarrers Daniel Friedrich Schulze<sup>32</sup> ab, um in dessen Abwesenheit die Einfriedung des Friedhofes, nämlich die Mauer, den Zaun, Bäume und Pflanzen zu entfernen, so dass er dann auf dem Platz exerzieren lassen konnte. Schulze beschwerte sich erfolglos bei verschiedenen Stellen.<sup>33</sup> Die militärische Umwidmung war abgeschlossen.<sup>34</sup>

In unmittelbarer Nähe zur Nikolai-Kirche befand sich die Große Stadt- oder Lateinschule. Sie wird bereits um 1300 erwähnt und gehörte eine Zeit lang zu den herausragenden Bildungseinrichtungen der Mark Brandenburg. Ihr Grundstück befand sich direkt hinter der Nikolai-Kirche am Kirchhof.<sup>35</sup> 1330 wird festgestellt, dass das Gebäude so schadhaft gewesen war, dass Reparaturarbeiten notwendig wurden. Daraus schließt Lamprecht zu Recht, „...daß damals die Schule schon eine Reihe von Jahren hindurch bestanden haben muß, ...“<sup>36</sup> Im Zuge der Reformation wurde auch die Stadtschule nach Melanchthons Lehrplänen lutherisch neu ausgerichtet.<sup>37</sup> Der bedeutende Botaniker Konrad Sprengel<sup>38</sup> kam 1780 als Rektor an die Spandauer Schule, reformierte sie erneut und geriet mit der Spandauer Obrigkeit in Konflikt wegen seiner unorthodoxen Lehrmethoden über die Fortpflanzung. Mit seinem Vorgesetzten Daniel Friedrich Schulze überwarf er sich, daher wurde er 1794 mit gekürzter Pension in den Ruhestand versetzt.

Das *Heim-Haus*, benannt nach dem berühmten Arzt Ernst Ludwig Heim,<sup>39</sup> dass heute noch Carl-Schurz-Straße Ecke Reformationsplatz Nr. 2 steht, hatte einen direkten Blick auf den Exerzierplatz. Näher wird auf den ersten Berliner Prominentenarzt, der auch Königin Luise von Preußen behandelte, hier nicht eingegangen, eine Episode soll jedoch nicht unerwähnt bleiben.

Am 11. September 1776 sah er ein Spießrutenlaufen, das Ereignis gab ihm viel zum Nachdenken. Ein halbes Jahr später musste er wieder dieser militärischen Strafe zuschauen, nun notiert Heim aber: „Noch betrübt, daß der Soldat Loose, der gestern zum letzten Mal Spiesruten gelaufen ist, heute gestorben. Dies ist doch ein grausamer Tod!“<sup>40</sup>

Nach Amtsantritt des neuen Regimentskommandeurs Graf Leopold Alexander von Wartensleben<sup>41</sup> veranlasste dieser 1792, den Kirchhofplatz „zu einer Lustpartie“ herrichten zu lassen. Damit verschönerte er seinen eigenen Ausblick auf den Platz. Schulze hat in seinem Werk anschaulich berichtet, wie er aussah: „... in der Mitte eine ovale mit Blumen besetzte Rundung, auf welche fünf Gänge stießen, ... an den Seiten herum Birken und hinter diesen eine Buch Hecke, an den Mittelgängen aber Italienische Pappeln, die unter der Schere gehalten werden sollten.“ Gleichzeitig gab er die „christliche Versicherung, daß der Gang darüber in den gemachten Stiegen jedermann frey stehen sollte.“<sup>42</sup> Die Finanzierung des Schmuckplatzes übernahmen Oberst von Wartensleben und die „Compagnie Chefs des Regiments, die hier in Garnison standen.“

Später wurde der Platz zum Verweilen und Ausruhen mit Bänken versehen, Spandauer Bürger trugen die Kosten privat. Der Spandauer Apotheker Doehl bat 1818 darum, den Platz zu pachten und umgestalten zu dürfen, Bänke aufzustellen, Zierpflanzen zu setzen und sogar kleine Lauben aufzustellen. Doehl<sup>43</sup> wünschte den Platz „zum allgemeinen Vergnügen benutzen, doch wünsche ich aber daß auch ferner dieser Platz unter Aufsicht der Polizei verbleibe, damit nicht Muthwille die gute Absicht zu sehr kränke.“<sup>44</sup> Offensichtlich gab es bereits 1818 das Problem mutwilliger Zerstörungen. Johann Friedrich Doehl<sup>45</sup>, der erste Vertreter seiner Familie, der sich in Spandau ansiedelte, zeigte sich als Neubürger der Stadt bereits mit bürgerschaftlichem Engagement und gemeinnützigem Bürgersinn. Mehrere Jahre zuvor war der Platz an den Garnisonsarzt verpachtet, der ihn mit Klee als Viehfutter bepflanzte. Ob ein militärischer Hintergrund zu suchen ist oder der Arzt seinen eigenen Bedarf deckte, muss offenbleiben. Es war eine jährliche Pacht von 6 Thalern zu entrichten, die Doehl ebenfalls bereit war zu zahlen. Die Familie Doehl sollte über Jahrzehnte zu den führenden Familien der Havelstadt gehören. Zwischen der Kirchengemeinde St. Nikolai und dem Spandauer Magistrat gab es über Jahrzehnte Streit über die Nutzung des Kirchhofes rund um die Kirche. Am 18. November 1871 wurde dies in einem Vertrag einvernehmlich und abschließend geregelt. Die wichtigsten Ergebnisse der Vertragsverhandlungen waren, dass der Platz grundsätzlich Eigentum der Kirche blieb, aber die Kirche räumte der Stadt „die ewige Benutzung der beiden Plätze als öffentliche Plätze ein.“<sup>46</sup> Neben weiteren Vereinbarungen wurde beschlossen, dass die Stadtgemeinde sich verpflichtete, „die vorbezeichneten beiden Plätze, so lange als ihr die Benutzung derselben als öffentliche Plätze nicht in den in § 2 vorgesehenen Fällen entzogen ist, auf ihre Kosten zu unterhalten und reinigen zu lassen.“

Beim Neubau des Schulgebäudes auf dem Areal 1875 sind viele Gräber, Knochen, auch einzelne Köpfe und eine Münze aus dem Jahr 1613 ausgegraben worden.<sup>47</sup> 1881 wurde der Platz neugestaltet. Korrekterweise müsste man heute immer noch von zwei Plätzen sprechen! Erst 1939, unter den Nationalsozialisten, bekam der Platz seinen heutigen Namen.

## Prinz Heinrich Palais

Ein bedeutendes Gebäude in der Nachbarschaft zur Kirche war das später so genannte Prinz Heinrich Palais, das aber auf eine lange Geschichte zurückblicken kann. Über die Jahrhunderte war es immer ein bedeutender Bauplatz, wohl zuerst ein Kaufmannsgebäude<sup>48</sup> mit Rathaus. Erwähnung findet es als „dat Rat Hüsiken up dem Kerkhof“.<sup>49</sup> Die unmittelbare Nähe zum Kirchhof ist gegeben. Bis 1677 war es ein Brauhaus und im Besitz der märkischen Adelsfamilie von Bredow.<sup>50</sup> Diese verkaufte das Grundstück an die Spandauer Bürgermeisterfamilie Neumeister. 50 Jahre später ging das Ratsgeschlecht Konkurs. Jetzt kommen Grundstück und Gebäude zu ihrer Bestimmung, die sich



lange in der Erinnerung der Spandauer hielt. Seit den 1730er Jahren diente es als Quartier des jeweiligen Regimentskommandeurs des in Spandau stationierten Militärs. Zwei Brüder Friedrichs II. wohnten in diesem Gebäude. Nachhaltig wirkte Prinz Heinrich, er ließ sein Quartier zum Palais ausbauen und noch Jahrzehnte nach seiner Abberufung sprachen die Bewohner Spandaus von dem Prinz Heinrich Palais. Wie der neueren Literatur zu entnehmen ist, hatte der Prinz ein gleichgeschlechtliches Verhältnis zu Graf Kaphengst.<sup>51</sup> Der Graf besuchte den königlichen Prinzen in seinem Spandauer Palais, was der Anwohnerschaft und seinem königlichen Bruder wohl nicht verborgen blieb. In der Folge wurde er aus Spandau abberufen und nach Rheinsberg versetzt.

## Französische Besetzung 1806–1813

Im Zuge der Besetzung Spandaus durch die Franzosen wurde der Platz 1806 „vernichtet.“<sup>52</sup> Französische Offiziere waren am Kirchplatz einquartiert, sie nutzten vornehmlich die Gebäude der Kirche, wie Predigerhaus etc. An den Häusern waren „Anschlagzettel“ mit den Namen der Offiziere angebracht. Bereits im November 1806 fielen alle auf dem Platz stehenden Bäume den Franzosen zum Opfer. Durchziehende französische Truppen schlugen auf dem Platz ihr Lager auf und zerstörten dabei die kleine Parkanlage. Der Garnisonspfarrer Friedrich Wilhelm Ulrich berichtet 1806: „Denn oft und besonders, wenn viele Truppen mit den Gefangenen in und bei der Stadt bivacuierten, waren auf den öffentlichen Plätzen, den Straßen und Höfen des Nachts angezündet. Unter andern sah ich oft des Abends an der Ostseite des Thurmes den Widerschein [!] des Feuers, welches auf dem Heinrichsplatz an der Kirche brannte und wozu die dortigen Gitter und Einzäunungen gebraucht wurden.“<sup>53</sup> Beim Beschuss 1813 wurde der Platz ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen.

## Namensgebungen des Platzes

Erst wurde der Platz passend Kerkhof genannt, später war er der Kirchhofplatz, diese Bezeichnung war wohl bis Ende des 18. Jahrhunderts gebräuchlich. Anfang des 19. Jahrhunderts kam dann der Name Heinrichsplatz für den nördlichen Teil und bis 1855 Kirchhof für den südlichen Teil an der Nikolai-Kirche auf und damit deutlich früher als bisher angenommen. In der Literatur wird jeweils die erste Nennung für Heinrichs- und Joachim Platz mit der Zeit um 1855 genannt.<sup>54</sup> Wie erwähnt, benennt der Garnisonspfarrer Ulrich den Platz aber bereits 1806 als Heinrichplatz. Wenige Jahre später wird der Heinrichsplatz als solcher in den Magistratsakten geführt. Auch August von Thümen,<sup>55</sup> der spätere Befreier Spandaus von den Franzosen, nannte in einem Schreiben vom 13. August 1810 den Heinrichsplatz so mit Namen. Über den gegenseitigen Beschuss von Franzosen auf der Zitadelle und den preußischen Truppen schreibt Hornburg bereits 1813: „Eine Menge Kugeln jeder Gattung waren in die Stadt geflogen, bis über den Heinrichsplatz fort, auch Steine.“<sup>56</sup> Die Einladung zur Einweihung des Denkmals für die Befreiungskriege in Spandau am 27. April 1816 nannte als Ort den Heinrichsplatz. Offenbar wurde der Platz seit 1806 Heinrichsplatz genannt und war jedem bekannt. Ob der Platz bereits vor 1806 so genannt wurde, konnte nicht ermittelt werden. Es ist gut vorstellbar, dass sich nach dem Tod des Namensgebers 1802 der Name in Spandau in Erinnerung an den Regimentskommandeur einbürgerte.<sup>57</sup>



Von Bertrand Andrieu und Romain-Vincent Jeuffroy gestaltete Bronzemedaille zum Andenken an die Kapitulation der vier preußischen Festungen Spandau, Stettin, Magdeburg und Küstrin. Auf der Vorderseite symbolisieren vier Stadt-Göttinnen die Festungen, die linke stellt Spandau dar. um 1807 Paris, Sammlung Bannasch.

1855 wird der Platz umbenannt. Der nördliche Teil bleibt der Heinrichsplatz, der südliche erhält den Namen Joachimplatz nach Kurfürst Joachim II., der in Spandau resp. in seinem Herrschaftsgebiet 1539 die Reformation einführte. Diese Umbenennung, die schleichende mit Heinrich und dann die offizielle hin zum Joachimplatz war nicht im Einvernehmen mit der Nikolaigemeinde vorgenommen, oder wie es heißt: „Ohne Concurrenz des Kirchenvorstandes hat der Magistrat die Mittelseite des Kirchhofes erst als Kirchplatz und in neuester Zeit die hiesige Polizeiverwaltung ihn als Joachimplatz bezeichnet, so daß sogar der Name Kirchhof gänzlich erloschen ist.“<sup>58</sup> Eine Rückbenennung in Kirchhofplatz blieb freilich aus.

Am 15. März 1939 haben die Nationalsozialisten das gesamte Areal, welches sich bis heute im kirchlichen Eigentum befindet, in Reformationsplatz umbenannt. Die Spandauer Zeitung vermeldete dazu: „Es war schon immer ein eigenartiger Zustand, daß der Kirchplatz der Spandauer Nikolaikirche nach jeder Seite einen anderen Namen führte. Da kannten sich viele Spandauer nicht mehr aus.“<sup>59</sup> Weiter wird ausgeführt: „Nun heißt der ganze Platz zur Erinnerung an die von Spandau ausgegangenen Einführung der Reformation in der Mark Brandenburg ‚Reformationsplatz‘.“

## Denkmal für die Befreiungskriege 1813/1815 in Spandau

Spandauer Bürger nahmen an den Kriegshandlungen gegen Frankreich teil und nicht jeder kehrte zurück.<sup>60</sup> Für die Gefallenen wurde im Frühjahr 1816 ein Erinnerungsmal geweiht. Das von Karl Friedrich Schinkel entworfene Denkmal steht auf dem nördlichen Teil des früheren Friedhofes der Nikolaikirche. Es wurde die vorgefundene Anlage mit der Gehwegaufteilung von 1792 genutzt. Vor der Einweihung wurden erst Linden etwas später Eichen zur Umrahmung der Gedenkstätte gepflanzt. Die Baumbepflanzung von der ersten Gestaltung 24 Jahre zuvor wurde nicht übernommen. Die genaue Beschreibung des Zeitzeugen Schulze lässt erahnen, wie der Ursprung vorzustellen ist.<sup>61</sup>

Das eigentliche Monument ist aus Gusseisen, 12 Lanzen zieren den Umbau, eine „flammende Bombe“ krönt das Ensemble. Die Tafeln sind verziert mit Blattgold. Diese tragen die Namen der gefallenen Soldaten, sowohl der Toten in Spandau als auch auf den europäischen Kriegsschauplätzen. Zum dritten Jahrestag der Befreiung, am 27. April 1816,

„Denkmal, welches von den Bewohnern Spandaus den in dem Freiheitskriege von 1812 bis 1815 vor seinen Mauern Gefallenen und seinen gebliebenen Eingeborenen errichtet ist.“, aus: Sammlung einiger Gedichte, hrsg. von K. Jahn, Berlin: Dieterici, 1816, Archiv des Stadtgeschichtlichen Museums Spandau, Sammlung Ludewig.

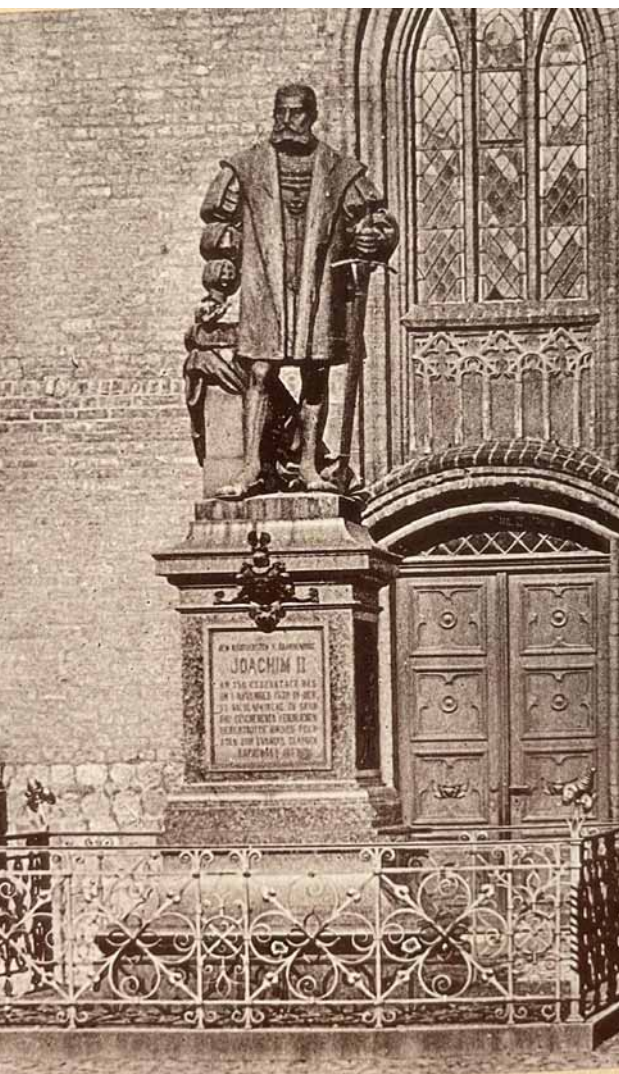


Kleiner Anhänger aus Silber, ca. 1,2 cm, zur Erinnerung an die Befreiung Spandaus von den Franzosen durch General von Thümen, 1813, Sammlung Bannasch.



fand die Einweihung des von der Spandauer Bevölkerung finanzierten Denkmals statt.<sup>62</sup> Die Hinterbliebenen, die Schützengilde und sämtliche Honoratioren der Stadt nahmen an der Feier neben „24 weißgekleidete Jungfrauen mit Lorbeerkränzen“ teil. Es kamen Kirchenlieder zu Gehör, das bekannteste wohl, „Jesus meine Zuversicht“, wurde vom Chor der Schützengilde vorgetragen und dann sangen alle Anwesenden: „Nun danket alle Gott“. Die Rede hielt Oberpfarrer Otto Julius Fidler.<sup>63</sup> Der preußische König Friedrich Wilhelm III. schrieb dem Spandauer Rat in einem Billet: „Es hat meinen Beifall, daß die Stadt Spandau ... ein Denkmal aus Gußeisen ... errichtet hat.“<sup>64</sup> Um 1900 wurde das Denkmal auf einen Sockel gehoben, welcher aus Steinen im Klosterformat der abgetragenen mittelalterlichen Stadtmauer gemauert wurde. Der das Denkmal umgebende Metallzaun wurde entfernt. Bei den verschiedensten Restaurierungen, zuletzt 2021/22, wurde der originale Zustand allerdings nicht wiederhergestellt.

### Das Denkmal für Kurfürst Joachim II. vor der Spandauer Nikolaikirche<sup>65</sup>



Im Herzen Spandaus steht seit 1889 das Standbild für Kurfürst Joachim II., Sinnbild der eigenständigen brandenburgischen Reformation. Dieses Denkmal konnte nur nach eingeholter kaiserlich-königlicher Genehmigung errichtet werden. Das Denkmal selbst trägt als Spandauer Reformationsdatum für die Mark Brandenburg den 1. November 1539. Im Juni 1880, neun Jahre vor der Einweihung des Denkmals, bildete sich bereits ein „Komitee zur Errichtung eines würdigen Denkmals“. Erst am 20. Juni 1888, ein gutes Jahr vor der Einweihung, ist das Denkmal genehmigt worden: „Seine Majestät der Kaiser und König haben durch Allerhöchsten Erlaß vom 20. Juni d.J. die Verfolgung des Projekts, auf dem neben der St. Nikolai-Kirche zu Spandau belegenden Joachimplatz am 1. November 1889, als dem Tage der 350jährigen Gedenkfeier an den in der genannten Kirche erfolgten feierlichen Uebertritts des Kurfürsten Joachim II. zur evangelischen Kirche, diesem Fürsten ein Denkmal zu errichten, ...“ Damals umzäunte das von dem Berliner Bildhauer Erdmann Enke<sup>66</sup> entworfene Denkmal noch ein stabiler zirka ein Meter hoher schwarzer Metallzaun. Vier Bronzetafeln zieren das Kunstwerk, zwei davon beschäftigen sich direkt mit der brandenburgischen Reformation von 1539, auf einer Tafel wird der

Bild des Joachim-Denkmal, ca. 1900, Sammlung Bannasch.

Grund das Denkmals kurz erläutert. Dem Sockel des Denkmals wurde eine Kapsel beigegeben, in der verschiedene Gegenstände verwahrt werden, wie Reformationsgedenkmünzen, Zeitungen, gültige Zahlungsmittel etc. Gegossen wurde die Bronze im oberlausitzischen Lauchhammer.

Das preußische Ministerium für Geistliche, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten legte sich klar zu Gunsten Spandaus in der Frage fest, wann und wo die erste brandenburgische Reformationsfeier 1539 stattfand. Dieser Erlass hat dem König sicher persönlich vorgelegen. Die *Vossische Zeitung* schreibt zum Tag der Einweihung des Denkmals: „Mit vollem Recht und mit Gebühr wird er festlich begangen. Mit vollem Recht wird dem Fürsten, der diese Umwandlung vollzogen hat, ein Denkmal an bedeutungsvoller Stelle errichtet und die Berliner Kommunalbehörden haben wohl gethan sich an der Herstellung dieses Denkmals zu beteiligen.“<sup>67</sup> So war es unstrittig, dass Spandau der authentische Ort der Einführung der Reformation in der Mark Brandenburg war und selbstverständlich, dass sich die Stadt Berlin mit 10 000 Mark an den Kosten für das Monument beteiligte. Auch andere Orte wie Charlottenburg oder Jüterbog spendeten für das Denkmal. Graf zu Lynar aus dem Spreewald gab die beachtliche Summe von 1 300 Mark für das Projekt. Anlässlich des 350. Gedenktages am 1. November 1889 wurde das Denkmal eingeweiht. Die Feier begann um elf Uhr, die umfangreichen Regelungen, die an diesem Tag galten, verweisen auf die eminente Bedeutung für den preußischen Staat. Im Spandauer Rathaus wurde ein Auskunftsbüro für die Einweihung eingerichtet, die Potsdamer Straße<sup>68</sup> war ab 10.30 Uhr gesperrt. Zwischen Berlin und Spandau verkehrte sogar ein „Extrazug“, der die „versehene Festeilnehmer“ wieder zurück zur Hauptstadt bringen sollte.<sup>69</sup> Das Denkmal hat alle Wirren überstanden und steht immer noch im Zentrum Spandaus, heute jedoch ohne Metallzaun.

### Die Zeit des Nationalsozialismus und kurz danach

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten bestand kurzzeitig durch den Reichsbischof der Deutschen Christen, Ludwig Müller, die Idee, die Spandauer Nikolai-Kirche zur „reichsbischöfliche Kathedrale“ zu erheben. Die in Spandau starke bekennende Kirche mit Pfarrer Martin Albertz<sup>70</sup> an der Spitze stand im harten Widerstand zur Reichskirche. Der Berliner Dom blieb Müller anfangs verschlossen, da er auch durch den Reichspräsidenten von Hindenburg als Gotteshaus genutzt wurde.<sup>71</sup> Erst nach dessen Tod war der Weg frei, den Berliner Dom zu nutzen. Müller wurde im September 1934 dann dort in sein Amt eingeführt.

In der Zeit des Nationalsozialismus kam eine Diskussion auf, Denkmäler, Gedenkplaketten etc. als Metallspende für die Fortsetzung des Krieges abzubauen und als „Metallspende“ zur Verfügung zu stellen. Einige Spandauer Denkmäler fielen diesem Kriegswahn zum Opfer, das Joachims-Denkmal und das Denkmal für die Opfer der Befreiungskriege überstanden diese Vorgaben. Die Diskussion wurde auch nach dem Ende des 2. Weltkrieges weitergeführt: es wurde untersucht, ob sie dem militärischen, monarchistischen, faschistischen, der Kriegsverherrlichung oder dem Ansehen des Preußentums dienten. Grundlage war eine Verfügung der Alliierten Gesamt-Berlins. Alle Bezirksämter waren aufgerufen, Denkmals-Listen zu erstellen. Das Bezirksamt Spandau von Berlin, ausweislich der Aktenlage des Bezirksamtes, ist dieser Angelegenheit mit am intensivsten nachgegangen.

Der Berliner Stadthistoriker Arne Hengsbach beriet die Spandauer Politiker. Treibende Kräfte für einen Denkmalabbau waren die Vertreter von SPD und SED in Spandau. Hengsbach beschwich-tigte sowohl die Spandauer als auch Berliner Verantwortlichen. Letztendlich verlief alles im Sande. Die britische Militärregierung erklärte, sie werde den Abbau und Zerstörung der Denkmäler nicht befehlen, aber einem Abriss auch nicht im Wege stehen. Ab Mai 1947 ebte die Diskussion ab und kurz danach wurde das Thema nicht weiterverfolgt. Auch die beiden Denkmäler auf dem Reformationsplatz wurden evaluiert, kamen aber wohl nicht in die engere Wahl eines Abrisses.<sup>72</sup>





St.-Nikolai-Kirche 1950, Kriegsschäden zum Teil bereits behoben. Foto: Gerhard Loetz, Sammlung Bannasch.

## Schlussbetrachtung

Der 2. Weltkrieg hatte den Platz nicht unverschont gelassen, das Palais, indem später das Amtsgericht Spandau beheimatet war, musste abgerissen werden, die Kirche war stark beschädigt, die Restaurierungen, insbesondere am Turm, waren erst in den späten Jahren des 20. Jahrhunderts beendet. Viele Gebäude der Altstadt erlitten das gleiche Schicksal. Heute ist der Platz ein wunderbares Kleinod, besonders auch für das Umland und den Moloch Berlin. Es ist zu wünschen, dass dieser Ort mit seinem mittelalterlichen Weichbild wieder zu einem Zentrum des altstädtischen Lebens wird. Wie vor Jahrhunderten dominiert die Kirche Gesicht und Geschichte der Havelstadt Spandau.

Und es ist wünschenswert, dass sich Förderer und Sponsoren finden, die die Kosten für die Reinigung der Bronzetafeln des Joachim-Denkmal übernehmen. Für Touristen sollten sowohl Erläuterungstafeln und Erläuterungen im Internet die Geschichte des Reformationsplatzes kommunizieren. Es ist zu begrüßen, dass der Platz, mit der Stadtkirche, den beiden imposanten Denkmälern und den Resten der Dominikaner-Terminei das altstädtische Leben weiterhin nachhaltig prägen werden.

*Karl-Heinz Bannasch  
Mail: khbannasch@gmail.com*

*Der Verfasser dankt Agnes-Almuth Griesbach M.A. und Heiko Metz M.A. † für hilfreiche Anregungen und unterstützende Ratschläge. Sebastian Schuth M.A. vom Archiv des Stadtgeschichtlichen Museums Spandaus dankt der Verfasser für weitere Hinweise und kurzfristige Bereitstellung der Archivalien.*

## Anmerkungen

- 1 Eine erste Kirche wird 1240 erwähnt. Die Markgrafen Otto und Johann übergaben das als Marktkirche bezeichnete Gotteshaus. Der jetzige Bau ist erheblich jünger.
- 2 Jürgen Grothe: Die Geschichte des alten Spandauer Nikolaikirchhofes, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlin, 72. Jg., Heft 1, Januar 1976.
- 3 Adolph Friedrich Riedel: Codex diplomaticus Brandenburgensis, Teil 1, Bd. 11, Berlin 1856, Nr. 17,2, zukünftig zitiert: CDB.
- 4 Stephan Bodeker \* 15.11.1384 Rathenow † 15.2.1459, Dom zu Brandenburg, Bischof der Diözese 1421–1459.
- 5 Das Mutterkloster stand in Cölln, später Berlin/Cölln.
- 6 Daniel Friedrich Schulze: Zur Beschreibung und Geschichte von Spandow (1796), Nachdruck Spandau 1913, zukünftig zitiert: DFS. Zur Einführung: Katharina Rosenplenter: Saeculum Pium – Die kirchlichen Bruderschaften in der Gesellschaftsordnung der Mark Brandenburg im Spätmittelalter, Hsg. Geschichte & Politikwissenschaften, Reihe: Europäische Hochschulschriften, Band 971, Diss., Frankfurt a.M. 2003. Der Verfasser dankt Katharina Rosenplenter für interessante Gespräche zum Thema. Weiterführende Ausführungen insbesondere zum Spandauer Kaland: Heiko Metz: Zur Ersterwähnung des Potsdamer Kietzes und zur Fortschreibung mittelalterliche Kirchenabgaben in Brandenburg, in: *Spandauer Notizen*, Jahresausgabe 1996, S. 69–79. Hier weiterführende Literatur und eine umfangreiche Einführung in die Geschichte des Spandauer Kalands. Joachim Pohl: Das Benediktinerinnenkloster St. Marien zu Spandau und die kirchlichen Einrichtungen der Stadt Spandau im Mittelalter, Hsg. Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischen Kulturbesitz, Beiheft 5, Diss., Köln 1996, S. 493–510. Umfangreiche Quellen- und Literaturangaben zum Kaland. Johann Ludewig Dilschmann: Diplomatische Geschichte und Beschreibung der Stadt und Festung Spandow, Berlin, 1785, S. 46 f., zusätzlich eine Urkunde von 1536 zum Kaland auf S. 153. Die neueste Arbeit zum Thema: Christine Schuchard: Der Kaland der Neustadt Brandenburg und sein Rechnungsbuch (1517–1550) in: *Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte*, 72. Band, Berlin 2021, S. 19–34.
- 7 Otto Kuntzemüller: Urkundliche Geschichte der Stadt und Festung Spandau von Entstehung der Stadt bis zur Gegenwart. Mit einem Geleitwort u. Nachtrag von Friedrich Koeltze, 2. Bde., Berlin-Spandau 1928/29, S. 238. Kuntzemüller zählt namentlich 20 Mitglieder des Jahres 1313 auf.
- 8 wie Anm. 7, S. 238.
- 9 wie Anm. 6, Dilschmann, S. 153, Abdruck der Urkunde; Pohl, wie Anm. 6, S. 497.
- 10 wie Anm. 6, Pohl, S. 496.
- 11 Auch die Überlegung, der Geistliche könne dem Patriziat angehören und daher das Gebäude erhalten haben, ist abzulehnen. Priester waren vom Eigentumserwerb im herkömmlichen Sinn ebenso vom Erbe ausgeschlossen.
- 12 wie Anm. 7, Kuntzemüller, S. 191; wie Anm. 6, Schuchard; auch über Kreditgeschäfte: Emil Schwartz: Der Prozeß des Prenzlauer Kalands gegen Dorothea Sander (1537–1543), in: *Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte*, Jahrgang 1951, S. 37–39. Bei Schuchard und Schwartz werden die Geldgeschäfte der Kalandbruderschaften dargestellt.
- 13 Siehe Anm. 6, Pohl, S. 496 f.
- 14 Siehe Anm. 6, Schuchard, S. 21: In der Neustadt Brandenburg war das Kalandgebäude im Besitz der Stadt und die Bruderschaft hatte dem Rat gegenüber Miete zu zahlen.
- 15 Zit. nach: Die brandenburgischen Kirchenvisitations-Abschiede und Register des XVI. und XVII. Jahrhunderts, Band 4: Die Mittelmark, Teil 2: Westliche Mittelmark. Aus dem Nachlass von Victor Herold, hrsg. von der Historischen Kommission zu Berlin, bearb. von Christiane Schuchard. Boston/Berlin 2020. S. 51.
- 16 Regesten der Urkunden und Aufzeichnungen im Domstiftsarchiv Brandenburg, Teil 2: 1488-1517/45, bearbeitet von Wolfgang Schöblier, Urkunde 830, Berlin 2009, S. 257.

- 17 Michael Happe von Happberg \*? † 10.8.1565. Michael wanderte 1517 aus Weiden/Franken zusammen mit seinem Bruder Bernt in die Mark Brandenburg ein, und Michael hatte 1537 das Burglehen zu Spandau inne. Es folgten 1548 Jeserig, 1585 Trechwitz, die beiden letzten Güter konnten bis 1628 gehalten werden, als mit Cuno H.v.H. der letzte männliche Vertreter das Geschlecht ausstarb. Quelle: Neues allgemeines Deutsches Adels-Lexicon im Verein mit mehreren Historikern, hsg. Ernst Heinrich Kneschke, Viertes Band, Leipzig 1863, S. 193 f.; Adelslexicon der preußischen Monarchie von Leopold von Ledebur, Erster Band A–K, Berlin 1855, S. 318. Die Familie ist nicht zu verwechseln mit dem später nobilitierten Geschlecht der Happe aus Kur-Brandenburg.
- 18 J.[ohannes] H.[einrich] Gebauer: Aus dem Leben und Haushalte eines märkischen Domherren zur Zeit der Reformation, in: Jahrbuch für brandenburgische Kirchengeschichte, 6. Jg. Berlin 1908, hier die S. 69–71.
- 19 Zur Frage, wo die brandenburgische Reformation stattfand, siehe Karl-Heinz Bannasch: Erstes evangelisches Abendmahl in der Nikolaikirche Spandau am 1. November 1539, in: Zerbster Heimatkalender 2021/22, Doppelausgabe, Jahrgang 62/63. Hsg. vom Verein Regionalgeschichte Anhalt-Zerbst in Zusammenarbeit mit der Stadt Zerbst/Anhalt, Zerbst 2022. Der Aufsatz ist als Sonderdruck erschienen.
- 20 Wie Anm. 6, Dilschmann, seine Grundrisskarte von 1786 weist außerhalb der Stadtmauern zwei Friedhöfe aus.
- 21 Die Moritzkirche stand am Stadtplatz, Höhe Judenstraße. Heute stehen dort Wohnhäuser und eine Bildungseinrichtung,
- 22 DFS, Bd. 2, S. 334.
- 23 DFS: Bd. 1, S. 122. Die letzte Beisetzung war für Gottlieb Schreiner, der lediglich knapp 20 Jahre alt wurde.
- 24 DFS: Bd. 1, S. 118.
- 25 DFS: Bd. 1, 122.
- 26 Reichsgraf Adam Graf von Schwarzenberg \* 26. 8. 1583 in Gimborn/Bergisches Land † 14. 3. 1641 in Spandau, Berater des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg, Statthalter Brandenburgs Das Grab befindet sich heute noch in Spandau. Später wurde die Familie „gefürstet“.
- 27 Wie Anm. 39 und 40, Heim hat offenbar die Exhumierung nicht in seinem Tagebuch vermerkt.
- 28 DFS: Bd. 2, S. 420–422.
- 29 DFS; Bd. 2, S. 334.
- 30 Christian Reinhold von Derschau \* 30.6.1679 Königsberg † 4.11.1742 Spandau, beigesetzt in der Berliner Garnisonkirche, Mitglied des Tabakskollegiums König Friedrich Wilhelms I.
- 31 Sylvius Ferdinand von Stwolinsky, \* 1717 † 4.6.1787 Minden.
- 32 Daniel Friedrich Schulze, \* 9.7.1739 Landsberg/Warthe † 3.8.1811 Spandau, Pfarrer und Historiograph der Spandauer Stadtgeschichte.
- 33 DFS, Bd. 1, 122f.
- 34 Friedrich Weichert: St. Nikolai zu Spandau. Ein Mittelpunkt Brandenburgischer Kirchengeschichte, Berlin 1982, S. 124–126.
- 35 Richard Lamprecht: Die Große Stadtschule von Spandau von ca. 1300 bis 1853, Spandau 1903.
- 36 Wie Anm. 35, S. 1.
- 37 Wie Anm. 35. S. 4.
- 38 Christian Konrad Sprengel \* 22.9.1750 Brandenburg a.d.H. † 7.4. 1816 Berlin, Lehrer und Botaniker. Sein bedeutendes Werk von 1793: Das entdeckte Geheimnis der Natur.
- 39 Ernst Ludwig Heim \* 22.7.1747 Solz/Thüringen † 15.9.1834 Berlin, Arzt
- 40 Ernst Ludwig Heim: Tagebücher und Erinnerungen, Hsg. Wolfram Körner, Leipzig 1989, S. 45 und S. 49. Ob es sich bei dem Soldaten Loose auch um den handelte, der im März 1766 Spießbruten zu laufen hatte, ist nicht zu ermitteln.
- 41 Graf Leopold Alexander von Wartensleben \*29.10.1745 Berlin † 24. 10. 1822 in Breslau, Kommandant in Spandau von 1790–1793.
- 42 DFS, Bd. 2, S. 468.
- 43 Zur Familiengeschichte der Doehls, Joachim Pohl: Zur Genealogie und Geschichte der Familie Doehl, in Spandauer Forschungen, Band 1, Berlin 2007.
- 44 AStGM Spandau, Mag. Akte, S 318, S. 11.
- 45 zitiert nach Pohl, wie Anm. 43. Johann Friedrich Doehl \* 15.4.1765 Magdeburg † 11.9.1836 Spandau
- 46 AStGM Spandau, Mag. 318, S. 117 ff. Vertrag zwischen St. Nikolai und der Stadtgemeinde Spandau. Weiterhin ist vereinbart, dass der Platz nur bei Kriegs- und Belagerungszeiten als Begräbnisplatz wieder genutzt werden darf und an St. Nikolai zurückfällt.
- 47 Anzeiger für das Havelland am 28.10.1875.
- 48 Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin, Stadt und Bezirk Spandau, bearbeitet von Gerhard Jahn, Berlin 1971, S. 222 f. Spandauer Volksblatt, 1959. Alfred Mantel: Das Prinz Heinrich Palais. Zur Einquartierung auch: Militärstadt Spandau. Zentrum der preußischen Waffenproduktion 1722–1918. Begleitband zur gemeinsamen Ausstellung des Stadtgeschichtlichen Museums Spandau und der Deutschen Heereskunde e.V., Berlin, 1998, 137 f.
- 49 DFS, Bd. 1, S. 13.
- 50 Wie Anm. 48, S. 222, Hans Richard von Bredow.
- 51 Christian Ludwig Graf von Kaphengst \* 25.11. 1740 Gühlitz/Prignitz † 01.02. 1800, Prinz Heinrich ließ seinem Günstling 1775 Schloss Meseberg, nördlich von Berlin, zukommen. 1784 trennte der Preußenprinz sich von Kaphengst. Heute ist das Schloss Gästehaus der Bundesregierung. Der Verfasser dankt Christian Graf von Kaphengst, Berlin, für die Angaben zu seinem Ahnen.
- 52 Wie Anm. 7, Kuntzemüller, S. 236.
- 53 AStGM Spandau, Aa54, Tagebuch des Garnisons- und Zuchthauspredigers Ulrich in Betreff der Besitznahme Spandaus durch die Franzosen. Transkription v. Hanna Krause, Masch. Ulrich war seit 1795 Prediger in Spandau, S. 39. Friedrich Wilhelm Ulrich \* 25.01.1766 Halle † 24.07.1838 Teupitz (vielleicht auch erst 1839), Garnisons-Pfarrer in Spandau von 1795 bis 1808, dann Pfarrer in Teupitz bis zum Tod.
- 54 Joachim Jauch: Wegweiser zu Berlins Straßen. Spandau, Berlin 1993, Heinrichsplatz, S. 194 f., Joachimsplatz, S. 217 f., Reformationsplatz 340 f.
- 55 Heinrich Ludwig August von Thümen \* 30.12.1757 Gut Stücken † 15.3.1826 Caputh, 1809 Kommandant der Spandauer Zitadelle, 1812 abberufen und April 1813 „Befreier“ Spandaus von den Franzosen.
- 56 K. [Karl] J. [Jeremias] Hornbug: Nachrichten die Einschließung und Belagerung der Stadt und Festung Spandau im Jahre 1813 betreffend. Neu herausgegeben und erläutert von Otto Recke, Spandau, 1913, S. 50.
- 57 Prinz Friedrich Heinrich Ludwig von Hohenzollern \*18.1.1726 Berlin † 3.8.1802 Rheinsberg.
- 58 AStgAM Spandau, Ma. S. 318, S. 48 vom 7. 12.1855.
- 59 *Spandauer Zeitung*, 27.3.1939. Die Umbenennung erfolgt am 15.3.1939. Am gleichen Tag wurde auch die am Platz vorbeiführende Straße in Carl-Schurz-Straße benannt. Auch diese Straße führt heute noch den Namen.
- 60 A. Krüger: Chronik der Stadt und Festung Spandau. Von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. Spandau, 1867, S. 283–292.
- 61 DFS, Bd. 2, S. 468.
- 62 Die Einladung und das Programm sind abgedruckt in: Hornbug, wie Anm. 56, S. 83 ff. Anhang.
- 63 Otto Julius Fidler \* 1.11.1750 Brunne/Wusterhausen – † 1.9.1835 Spandau, er war von 1811 bis 1831 Oberpfarrer an St. Nikolai, studiert in Halle.
- 64 Wie Anm. 60, Krüger, S. 388–390. Dort die Einweihungsfeierlichkeiten beschrieben und wie Anm. 67. Hornburg.
- 65 Zur Geschichte des Denkmals: [Christian] Groß: Das Denkmal des Kurfürsten Joachim II. in Spandau – Festschrift zur Enthüllung des Denkmals am 1. November 1889. Spandau 1889; wie Anm. 48, Bauwerke..., S. 351.



- 66 Erdmann Enke \*28.1.1843 Berlin † 7.7.1896 Neubabelsberg/Potsdam
- 67 *Königlich privilegierte Berlinische Zeitung – Vossische Zeitung*, Freitag, 1.11.1889.
- 68 Heute Carl-Schurz-Straße, seit 1939 so benannt, die Potsdamer Straße seit 1754, davor Klosterstraße.
- 69 Einladungsschreiben vom 24. Oktober 1889 für einen Berliner Gast. AStGM, NL Ludewig, Akte 97, Bd. 1, hier Originaleinladung.
- 70 Heinrich Franz Martin Albertz \*7.5.1883 Halle † 29.12.1956 Berlin, 1. Pfarrer von 1931–1953 an St. Nikolai.
- 71 [Heinrich Franz Martin] Lic. Albertz, Spandauer Volksblatt, 17.8.1946, Nikolai-Kirche in Spandau. Ders., Die Kirche, 1.9.1946, Nr. 40.
- 72 AStGM Spandau Kunstamt Spandau von Berlin, Denkmäler 1–10, Bd. 3, Nr. 1 ab Mai 1946. Hengsbach legte am 28. Mai 1947 ein zweiseitiges Gutachten vor.

## Das Ende von Nr. 7 oder der Tod des Rudolf Heß in Spandau

Von Ingo Wirth

Im Justizpalast von Nürnberg begannen am 20. November 1945 die Verhandlungen vor dem Internationalen Militärgerichtshof der Alliierten gegen führende Politiker, Militärs und Parteifunktionäre des NS-Regimes.<sup>1</sup> Angeklagt waren 22 Deutsche und zwei Österreicher, die sich wegen (1) Verschwörung zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden, das Kriegsverbrechen und die Humanität, (2) Teilnahme an der Planung, Vorbereitung, Entfesselung und Durchführung von Angriffskriegen, (3) Kriegsverbrechen gegen Angehörige feindlicher Truppen und gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten sowie (4) Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten hatten. Im Verlauf von 403 öffentlichen Sitzungen wurden 256 Zeugen vernommen und mehr als 5 000 Beweisdokumente vorgelegt, bevor die acht Richter am 30. September und 1. Oktober 1946 ihre Urteile verkündeten. Von den 24 Angeklagten erhielten 12 die Todesstrafe, sieben wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, und für drei endete der Prozess mit einem Freispruch. Die übrigen zwei Verfahren wurden ohne Verurteilung eingestellt. Zu den verurteilten NS-Größen gehörte der ehemalige Stellvertreter des Führers Rudolf Heß, der in den Anklagepunkten 1 und 2 schuldig gesprochen worden war. Das Urteil für ihn lautete auf lebenslange Haft. Aufgrund dieses internationalen Richterspruchs verbrachte er als Gefangener Nr. 7 mehr als 40 Jahre in Strafhaft, die letzten knapp 21 davon als einziger Insasse im Kriegsverbrechergefängnis Spandau.

Rudolf Walter Richard Heß, 1894 in Alexandria/Ägypten geboren, stand in der NS-Hierarchie mit ganz oben.<sup>2</sup> Er hatte sich schon frühzeitig zum Nationalsozialismus bekannt und war 1920 wenige Monate nach der ersten Begegnung mit Adolf Hitler in die NSDAP eingetreten. „Heß betrachtete den Nationalsozialismus als Wegweiser in ein utopisches Zeitalter und Hitler als unfehlbaren Propheten dahin.“<sup>3</sup> Als begeisterter und überzeugter Parteigenosse verbrachte er zwei Jahrzehnte an der Seite Hitlers.

Im Herbst 1923 gehörte Heß zu den führenden Männern des gescheiterten Putsches in München. Für seine Mitwirkung wurde er zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt. Während der Zeit in der Gefangenenanstalt Landsberg am Lech assistierte er Hitler bei der Abfassung von *Mein Kampf*. Nach der vorzeitigen Haftentlassung Mitte Dezember 1924 und Neugründung der NSDAP zu Beginn des folgenden Jahres bestimmte ihn Hitler zu seinem Privatsekretär. Im Jahr 1932 wurde er zum Vorsitzenden der neu gegründeten Politischen Zentralkommission der



Rudolf Heß, in der vorderen Reihe 2. von links, auf der Anklagebank in Nürnberg.  
akg-images, Bild-Nr. AKG 114665

NSDAP ernannt und war nun der zweitmächtigste Mann in der Partei. In den Monaten nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten übernahm Heß verantwortliche Positionen in der Partei, in der SS und in der Ministerialbürokratie. Seine allgemein bekannte Funktion als „Stellvertreter des Führers“ (StdF) innerhalb der NSDAP wurde ihm am 21. April 1933 übertragen, im Juli folgte die Beförderung zum SS-Obergruppenführer und im Dezember die Berufung zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Ab 1934 wirkte die Dienststelle StdF mit Sitz im Braunen Haus in München an allen gesetzgeberischen Maßnahmen mit. Darunter waren etwa die sog. Nürnberger Rassengesetze von 1935, mit denen die Nationalsozialisten ihre rassistische und antisemitische Ideologie in eine pseudorechtliche Handlungsgrundlage umformten. Weitere Stufen der Karriere von Heß waren seine Aufnahme in den Geheimen Kabinettsrat 1938 und Ende August 1939 in den Ministerrat für die Reichsverteidigung. Bei Kriegsbeginn ernannte Hitler ihn für den Fall seines Todes zum zweiten Nachfolger nach Hermann Göring. Zu diesem Zeitpunkt war Heß als dritter Mann im „Dritten Reich“ auf dem Höhepunkt seiner Karriere.

Das Ende seines Aufstiegs im nationalsozialistischen Deutschland hat Heß selbst herbeigeführt. Als ehemaliges Mitglied der bayerischen Jagdstaffel 35 blieb das Fliegen auch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs eine seiner Leidenschaften. So war es ihm möglich, am 10. Mai 1941 gegen 18 Uhr mit einem Jagdflugzeug von einem Flugplatz nahe Augsburg zu starten, um zum Landsitz des Duke of Hamilton in Schottland zu fliegen. Heß wollte versuchen, mit Hilfe des Herzogs, den er für den Anführer der britischen Friedensbewegung und Gegner von Winston Churchill hielt, Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien anzubahnen und dadurch einen befürchteten Zweifrontenkrieg zu verhindern.<sup>4</sup> Gegen 23 Uhr erreichte er sein Ziel, sprang mit dem Fallschirm ab und geriet in britische Kriegsgefangenschaft. In Deutschland



Alliiertes Kriegsverbrechergefängnis Spandau.

Archiv des Stadtgeschichtlichen Museums Spandau, III Fo AmtBeh FesGef 019

wurde der Flug öffentlich zur Tat eines Geisteskranken erklärt. Als Heß innerhalb weniger Wochen klar wurde, dass er mit seiner Mission gescheitert war, unternahm er am 15. Juni 1941 einen ersten Suizidversuch. Während der folgenden Jahre in Gefangenschaft zeigte er eine Reihe psychopathologischer Symptome. Er äußerte Wahnvorstellungen und behauptete unter anderem, seine Bewacher versuchten, ihn zu vergiften. Zudem klagte er über Gedächtnisschwund. Später gestand er, die Symptome nur vorgetäuscht zu haben, um aufgrund der Geisteskrankheit wieder nach Deutschland zu kommen.<sup>5</sup> Heß blieb jedoch bis nach Kriegsende in britischer Gefangenschaft. Erst im Sommer 1945 überstellten die Briten den ehemaligen Stellvertreter des Führers in Vorbereitung auf die Verhandlungen vor dem Internationalen Militärgerichtshof nach Nürnberg. Während der Sitzungen war die Rangordnung auf der Anklagebank dieselbe wie zuvor in der NS-Zeit: Heß saß neben Hermann Göring, dem zweiten Mann nach Hitler.

Nach Prozessende verblieben Heß und die sechs anderen zu Freiheitsstrafen verurteilten Hauptkriegsverbrecher zunächst im Zellengefängnis neben dem Justizpalast in Nürnberg. Noch vor der Urteilsverkündung hatte der Alliierte Kontrollrat mit einer Direktive die Stadtkommandantur in Berlin angewiesen, zur Vollstreckung der möglicherweise ergehenden Freiheitsstrafen eine geeignete Einrichtung zur Verfügung zu stellen. Dieser Befehl war keineswegs leicht umzusetzen, denn die meisten städtischen Gefängnisse wiesen zum Teil erhebliche Kriegsschäden auf, und die intakten Haftanstalten waren seit Kriegende permanent überbelegt. Schließlich fiel am 3. Oktober 1946 aus rein pragmatischen Erwägungen die Wahl auf den alten Gefängnis-Komplex in der Spandauer Wilhelmstraße 23.<sup>6</sup> Trotz der jahrzehntelangen Nutzung waren nur geringe Reparatur- und Umbauarbeiten an den Gebäuden nötig, und zudem erfüllte die Einrichtung weitestgehend die strengen Sicherheitsvorgaben.

Mit dem Status als Alliiertes Kriegsverbrechergefängnis begann die dritte Phase in der Geschichte der Spandauer Haftanstalt. Das in den Jahren 1877 bis 1881 errichtete Festungsgefängnis war seinerzeit eine der größten Militärstrafanstalten des Deutschen Reiches.<sup>7</sup> Darin sollten verurteilte Soldaten und Offiziere aus den Festungen des ganzen Landes untergebracht werden. So wurden auch die Gefangenen der Spandauer Zitadelle gleich nach Fertigstellung in den Neubau verlegt. Die zweite Nutzungsphase als ziviles Strafgefängnis dauerte von 1920 bis 1946. Nach der Entscheidung für Spandau als Kriegsverbrechergefängnis musste zunächst die voll belegte



Amerikanisch-sowjetische Wachablösung am 1. April 1953 vor dem Hauptportal des Kriegsverbrechergefängnisses in Spandau.

Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (04) Nr. 0024284

Strafanstalt geräumt werden. Dann begann die mehrmonatige Umbau- und Vorbereitungsphase, nach deren Abschluss die sieben verurteilten Kriegsverbrecher am 18. Juli 1947 aus Nürnberg nach Berlin verlegt werden konnten. Das als Provisorium vorgesehene *Spandau Allied Prison* nahm seinen letztlich vier Jahrzehnte andauernden Betrieb auf.<sup>8</sup>

Die Verantwortung für die Gefängnisverwaltung und für die sieben Insassen nahmen die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich gleichberechtigt wahr. Entsprechend dem Viermächte-Status stellte jede Besatzungsmacht eigenes Bewachungspersonal. Der Vorsitz unter den vier Gefängnisdirektoren, die offiziell Gouverneure hießen, wechselte monatlich. Während die Briten im Januar, Mai und September begannen, folgten jeweils einen Monat später zunächst die Franzosen, dann die Sowjets und zuletzt die Amerikaner. Die Wachablösung zu Beginn jedes Monats verlief nach einem streng festgelegten Zeremoniell mit militärischen Ehrenbezeugungen und der Schlüsselübergabe. Bedingt durch die zunehmenden politischen Gegensätze im Ost-West-Verhältnis während des Kalten Krieges, mutierte der Wachwechsel mit der Zeit zu einem formalen Ritual. Im Gegensatz zu der öffentlich demonstrierten, scheinbaren Eintracht zwischen den Alliierten gab es seit der ersten Berlin-Krise 1948/49 von westlicher Seite immer wieder Versuche, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu beenden. Die Westmächte verzichteten jedoch auf eine Eskalation der Auseinandersetzungen mit der Sowjetführung, und so wurde das Alliiertengefängnis nach einem immer wieder geänderten Reglement bis zuletzt fortgeführt.

Infolge der Freilassung von vier Inhaftierten zwischen 1954 und 1957 reduzierte sich die Zahl der Spandauer auf drei Insassen. In der Nacht zum 1. Oktober 1966 erfolgte die Entlassung der zwei



Gefangenen, die ihre 20-jährige Haftstrafe verbüßt hatten. Damit verblieb einzig Heß als der letzte Insasse des Spandauer Kriegsverbrechergefängnisses. Er war zu diesem Zeitpunkt 72 Jahre alt.

In den folgenden zwei Jahrzehnten gab es zahlreiche Initiativen, auch für Heß die Entlassung zu erwirken. Die Bemühungen gingen nicht nur von seiner Familie aus, sondern auch sämtliche Bundespräsidenten von Gustav Heinemann bis Richard von Weizsäcker sowie Bonner Regierungskreise setzten sich für eine Begnadigung aus humanitären Gründen ein. Zu Heß' 90. Geburtstag richtete die Bundesregierung noch einmal ein offizielles Gnadengesuch an die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs.<sup>9</sup> Sämtliche Initiativen, die Freilassung des Gefangenen Nr. 7 zu erreichen, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Sowjetunion. Der Historiker Michael Bienert schrieb dazu: „Sein mit vielen Rätseln behafteter Englandflug vom Mai 1941, den der Kreml in das Umfeld der Vorbereitungen Hitlers für den deutschen Überfall auf die Sowjetunion rückte, dürfte hierbei entscheidend gewesen sein.“<sup>10</sup>

Der 17. August 1987, der Todestag von Rudolf Heß, war ein Montag, dessen grober Ablauf dokumentiert ist.<sup>11</sup> Am Morgen stellte der Wärter wie immer den Frühstückswagen vor die Zellentür, denn der Gefangene durfte sich selbst bedienen. Um 10.25 Uhr begaben sich Heß und ein Wärter zum Morgenspaziergang in den Gefängnisgarten. Nach der täglichen Routinekontrolle um 11.30 Uhr vermerkte der Wachhabende im Wachbuch „Keine besonderen Vorkommnisse.“ Mit etwas Verspätung erhielt der Gefangene um 12.15 Uhr das Mittagbrot. Seine Mittagsruhe dauerte bis 14.30 Uhr. Danach ließ er sich erneut in den Garten bringen, und gegen 15.30 Uhr ging er gemeinsam mit dem Wärter in das Gartenhäuschen. Als der Wärter von einem Telefonat im Hauptgebäude zurückkam, fand er den 93-jährigen stranguliert auf.

Über den aufsehenerregenden Todesfall teilten die Vier Mächte in einer Erklärung mit, „daß Rudolf Hess sich am 17. August erhängte, und zwar mit einem Verlängerungskabel an einem Fensterriegel einer Laube im Gefängnisgarten. Das Kabel wurde seit einiger Zeit in der Laube zur Benutzung einer Leselampe aufbewahrt. Es wurden Wiederbelebungsversuche unternommen und Hess wurde sodann unverzüglich in das britische Militärkrankenhaus gebracht, wo er nach weiteren Wiederbelebungsversuchen, die erfolglos blieben, um 16.10 Uhr für tot erklärt wurde.“<sup>12</sup>

Am 19. August 1987 erfolgte in der Leichenhalle des britischen Militärhospitals im Beisein medizinischer Berater der vier Gewahrsamsmächte die Obduktion. Wie rechtlich geboten, wurden Ablauf und Ergebnisse der Leichenöffnung nach einem international gebräuchlichen Schema protokolliert. Die Gliederung umfasst die Beschreibung sämtlicher Untersuchungsschritte nach dem praktischen Vorgehen: sichere Identifizierung des zu obduzierenden Leichnams, vor Öffnung des Körpers die Äußere Untersuchung, danach die Innere Untersuchung, an entnommenen Proben verschiedene Zusatzuntersuchungen wie toxikologisch-chemische Analysen und mikroskopische Gewebeerkrankungen sowie zusammenfassend eine Beurteilung aller Untersuchungsergebnisse im Hinblick auf das zum Tod führende Geschehen.

Die Öffnung der Leiche von Rudolf Heß hat James Malcolm Cameron, Professor für Gerichtliche Medizin an der Universität London, ausgeführt. Einleitend heißt es in seinem Bericht:<sup>13</sup>

#### *Obduktionsprotokoll an dem alliierten Gefangenen Nr. 7*

*Am Mittwoch, dem 19. August 1987, um 8.15 h, wurden mir in der Leichenhalle des britischen Militärhospitals Berlin von Oberst J. M. Hamer-Philip, dem kommandierenden Offizier des britischen Militärhospitals Berlin, eine, vom 19. August 1987 datierte Vollmacht für die Durchführung einer Obduktion an einem bestimmten Gefangenen, zusammen mit einem klinischen Bericht über den Verstorbenen, übergeben.*

*Oberst J. M. Hamer-Philip identifizierte dann mir gegenüber die Leiche eines älteren Mannes als die des alliierten Gefangenen Nr. 7, bekannt als Rudolph (Walter Richard) Hess, geboren am 26. April 1894, dessen Tod am 17. August 1987 um 16.10 h festgestellt wurde.*

Vor der Obduktion waren alle Körperregionen der Leiche geröntgt worden. Die gefertigten elf großen und elf kleinen Röntgenaufnahmen wurden dem Obduzenten übergeben. Neben alten Brüchen einzelner Gliedmaßenknochen sowie Fremdkörpern als Überbleibsel von Schussverletzungen fanden sich Zeichen von Wiederbelebungsmaßnahmen. Als typischer Befund war auf einigen Röntgenbildern der Halswirbelsäule ein Beatmungsrohr in der Luftröhre („endotrachealer Tubus“) zu sehen. Ansonsten wurden an der Halswirbelsäule nur degenerative Veränderungen, aber keine Brüche festgestellt.

Im Berichtsteil „Äußere Untersuchung“ sind folgende relevante Befunde aufgeführt: „Auf der linken Seite des Halses wurde ein feines linienförmiges Zeichen, ca. 3 Inch (7,5 cm) lang und 0,75 cm breit, entdeckt, das besser sichtbar war, wenn die Leiche bei ultraviolettem Licht betrachtet wurde. [...] Abgesehen von einer leichten Abschürfung an der Oberlippe, 1 cm von dem rechten Nasenloch entfernt, gab es an der Leiche keine [sic!] Anzeichen von einer frischen Verletzung oder Gewalteinwirkung auf den Körper. Petechien (punktförmige Hautblutungen) wurden in der Bindehaut von beiden Augen, besonders auf der linken Seite festgestellt.“

Im Berichtsteil „Innere Untersuchung“ wird der folgende Lokalbefund beschrieben: „Das Umschlagen der Haut am Hals bestätigte Blutungen in das Gewebe in der Gegend der Muskelstränge an der linken Halsseite sowie tiefe Blutergüsse<sup>14</sup> auf der linken Seite des Kieferwinkels und auf der linken Seite der inneren Rückseite des Rachens – diese [Veränderungen] innerhalb des Rachens stehen mit Wiederbelebungsmaßnahmen im Einklang. Der Kehlkopf wies im oberen Teil der rechten Seite des Schildknorpels [...] übermäßige Blutergüsse auf. Diese Erscheinungen waren im Einklang mit einer Kompression des Halses. Tiefe Blutergüsse wurden ferner hinter dem Kehlkopf, insbesondere auf der rechten Halsseite festgestellt, ebenso tiefe Blutergüsse der Muskelstränge auf der linken Halsseite. *Makroradiographie* wies keinen Bruch des Zungenbeins, aber einen Bruch des rechten oberen Cornu (Horns) des Schildknorpels auf (zwei (2) Röntgenaufnahmen wurden gemacht). Die Freilegung des Kehlkopfes bestätigte die deutlichen Blutergüsse der hinteren Partie beider oberen Cornua (Hörner) des Schildknorpels, besonders rechts, die bei ihrer vorhergehenden Freilegung einen frischen Bruch mit Blutungen an der Bruchstelle und im Gewebe aufwies. In der Nähe des Zungenbeins waren keine nennenswerten Blutergüsse vorhanden.“

Bei der Obduktion waren als Folgeerscheinungen der Strangulation typische Stauungsblutungen außerhalb des Halses feststellbar:

Das Umschlagen der Kopfhaut machte Petechien (punktförmige Hautblutungen) auf der Unterseite der Kopfhaut sichtbar. [...] Es wurden geringfügige subpleurale (Lungenfell) Petechien (punktförmige Hautblutungen) festgestellt.

Nach Abschluss der Zusatzuntersuchungen nahm der Obduzent eine gutachterliche Beurteilung der erhobenen Befunde vor:

#### *Zusammenfassung*

- 1. Die Leiche war die eines gut ernährten, älteren Mannes mit einer Größe von 5 Fuß 9 Inch (175 cm).*
- 2. Anzeichen für eine natürliche Krankheit, die den Tod zu dem Zeitpunkt hätte verursachen oder zum Tode beitragen können, wurden weder mit bloßem Auge bei der Obduktion, noch durch mikroskopische Untersuchung der entnommenen Gewebeproben, festgestellt.*
- 3. An der Leiche wurden Zeichen festgestellt, die mit Wiederbelebungsmaßnahmen im Einklang stehen. [...]*
- 4. Der toxikologische Bericht enthielt keinen Befund, der auf etwas anderes hinwies als das, was man von einer üblichen therapeutischen Behandlung und Wiederbelebungsmaßnahmen erwartete.*

5. *Der histologische Bericht bestätigte die makroskopischen anatomisch-pathologischen Feststellungen. Die mikroskopische Untersuchung der entnommenen Gewebe ergab keinen Befund für eine bereits vorher bestandene signifikante, natürliche Krankheit, die zu dem Zeitpunkt den Tod hätte verursachen oder zum Tode beitragen können.*
6. *Es wurden äußere und innere Merkmale, die auf ein asphyktisches Element bei der Todesursache hinweisen, festgestellt und das linienförmige Zeichen auf der linken Halsseite stand im Einklang mit einer Ligatur. Die Larynxverletzung (Kehlkopfverletzung) – Bruch des rechten oberen Cornu (Horn) des Schildknorpels – wies auf eine Kompression des Halses hin.*
7. *Der Tod hatte keine natürliche Ursache.*
8. *Meiner Meinung nach war die Todesursache:*
  - a. *Asphyxie [Ersticken]*
  - b. *Kompression des Halses*
  - c. *Suspension [Aufhängen].*

Nach dieser ersten Leichenöffnung in Berlin wurde im Auftrag von Rechtsanwalt Alfred Seidl, der Heß als Officialverteidiger in Nürnberg vertreten hatte, am 21. August 1987 im Institut für Rechtsmedizin der Universität München eine Nachobduktion vorgenommen.<sup>15</sup> Als I. Obduzent fungierte der Institutsdirektor Wolfgang Spann, dem drei Rechtsmediziner und ein Toxikologe zur Seite standen. Der Umstand, dass neben dem verantwortlichen I. Obduzenten ein II., III. und IV. Obduzent beteiligt waren, ist durchaus bemerkenswert, denn regulär sind lediglich zwei Ärzte beteiligt. Weiterhin waren bei der gerichtsmedizinischen Untersuchung der Leiche in München Alfred Seidl und Beamte der Kriminalpolizei anwesend.

Im Bericht über die Nachobduktion heißt es zu den maßgeblichen Befunden:

*Zustand nach pathologisch-anatomischer Obduktion mit Eröffnung aller drei Körperhöhlen und ordnungsgemäßer Versorgung der Leiche, [...],  
zirkulär um den Hals verlaufende Abdruckmarke mit soweit nach dem Sektionsschnitt noch beurteilbar höchstem Punkt in der Gegend hinter dem linken Ohr,  
Doppelläufigkeit der Abdruckmarke, zirkulär verfolgbare in der Nackengegend,  
zwei einzelne, umschriebene, kleine Unterblutungen in der Nackengegend beiderseits der Mittellinie der Wirbelsäule in Höhe der Abdruckmarke,  
ausgeprägte, punktförmige Stauungsblutungen in den Bindehäuten der Augenlider, in der Umgebung des Ohres und an der Innenfläche der Kopfschwarte.*

Die Obduzenten haben die in München erhobenen Untersuchungsbefunde wie folgt beurteilt:

- I. *Die bei der Nachobduktion der Leiche des Herrn Rudolph Heß festgestellten Veränderungen lassen sich zwanglos mit einer Gewalteinwirkung gegen den Hals durch ein strangförmiges Werkzeug in Einklang bringen.*
- II. *Bei der Obduktion fanden sich keine Anhaltspunkte für einen natürlichen Tod.*

Mit der übereinstimmenden Beurteilung des Hauptbefundes nach der Obduktion in Berlin (Cameron: Kompression des Halses) und der Nachobduktion in München (Spann: Gewalteinwirkung gegen den Hals durch ein strangförmiges Werkzeug) war noch immer ungeklärt, ob die Strangulation durch Erhängen oder Erdrosseln zum Tod geführt hatte. Diese Frage resultierte maßgeblich daraus, dass die Obduktionsbefunde im Einzelnen voneinander abwichen bzw. unterschiedlich interpretiert worden waren. Deshalb wurde im Münchener Institut für Rechtsmedizin um eine abschließende Begutachtung „vor allem zu der Frage gebeten, ob die von

den Alliierten gegebene Darstellung mit den bei der zweiten Obduktion festgestellten Befunden in Übereinklang gebracht werden kann“. Die damaligen Obduzenten Wolfgang Eisenmenger und Wolfgang Spann legten ihr Gutachten am 21. Dezember 1988 vor.<sup>16</sup>

Zunächst wird in dem Münchener Gutachten festgestellt, dass die vom Erstobduzenten Cameron angenommene Todesursache Erstickten, bewirkt durch eine Kompression des Halses, mit den Feststellungen bei der Nachobduktion übereinstimmt. Danach schrieben die beiden Gutachter jedoch: „Wenn Prof. Cameron in seiner Beurteilung der Todesursache zu dem Schluß kommt, daß Todesursache eine Asphyxie [Erstickten], hervorgerufen durch eine Kompression des Halses durch Erhängen gewesen sei, so fehlt die Auseinandersetzung mit der anderen Möglichkeit einer Strangulation, nämlich dem Drosseln.“

Definitionsgemäß handelt es sich bei Erdrosseln um eine Strangulation durch aktives Zuschnüren eines den Hals umgreifenden Strangwerkzeugs von fremder, selten auch von eigener Hand, während beim Erhängen die um den Hals liegende Schlinge passiv durch das eigene Körpergewicht zusammengezogen wird. Um die beiden Strangulationsformen zu unterscheiden, muss eine subtile Beurteilung der Strangmarke erfolgen. Als charakteristisch für Drosseln wird ein horizontaler Verlauf der Strangmarke um den Hals angesehen. Demgegenüber ist beim Erhängen die Strangmarke in Richtung auf den Fixationspunkt des Strangwerkzeugs ansteigend, wobei der Anstieg je nach Lage des Körpers zum Aufhängepunkt mehr oder weniger stark ausgeprägt sein kann. Beim sog. typischen Erhängen, das definiert ist durch freies Hängen des Körpers mit dem höchsten Punkt der Strangmarke in der Nackenmitte und einfacher Umschlingung des Halses durch das Strangwerkzeug, verläuft der Anstieg häufig steil symmetrisch zu beiden Halsseiten. Beim atypischen Erhängen, d. h., wenn zumindest einer der vorgenannten drei Definitionspunkte nicht verwirklicht ist, sind dagegen asymmetrische und geringe Anstiege der Strangmarke möglich. Als weiteres Unterscheidungskriterium gilt, dass beim Drosseln die Strangmarke häufig in Höhe oder unterhalb des Kehlkopfes verläuft, wogegen beim Erhängen die Marke in der Regel oberhalb des Kehlkopfes liegt.

Der exakte Verlauf der Strangmarke ist in dem Obduktionsbericht von Cameron nicht wiedergegeben. Im Berichtsteil „Äußere Untersuchung“ heißt es lediglich: „Auf der linken Seite des Halses wurde ein feines linienförmiges Zeichen, ca. 3 Inch (7,5 cm) lang und 0,75 cm breit, entdeckt.“ Bei dieser knappen Formulierung ist weder der bei der Nachobduktion festgestellte Verlauf der Strangmarke im Nacken und an der Halsvorderseite noch die Beziehung zur Höhe des Kehlkopfes beschrieben und beurteilt worden. Nach Ansicht der beiden Münchener Gutachter sind der fast horizontale Verlauf der Strangmarke an der Nackenhaut und die Lage der Strangmarke an der Halsvorderseite offenbar nicht oberhalb des Kehlkopfes geeignet, „eher auf einen Drosselakt hinzuweisen als auf ein Hängen“. Keinesfalls sei der Befund geeignet, durch ein sog. typisches Erhängen erklärt zu werden. Zudem ließen sich auch die Stauungsblutungen im Gesicht nicht mit einem typischen Erhängen in Einklang bringen.

Die zumindest im Nacken festgestellte Doppelläufigkeit der Strangmarke bedeutet nicht, dass tatsächlich das Strangwerkzeug doppelläufig um den Hals angebracht gewesen sein muss. Es ist durchaus möglich, dass das als Strangulationswerkzeug verwendete Elektrokabel die im Nacken deutlich sichtbare weiße Aussparung hinterlassen hat, während die doppelstreifige Rötung aus feinsten Blutaustritten in der Haut zu beiden Seiten des Strangwerkzeugs zustande kam.

In dem Münchener Gutachten wird darauf hingewiesen, dass bei Gewalteinwirkung gegen den Hals in jedweder Form eine spezielle Obduktionstechnik zwingend erforderlich ist. Ein Hinweis auf ein derartiges Vorgehen fehlt im Obduktionsbericht von Cameron. Da außerdem weder die Ausdehnung der Blutungen am Hals noch deren exakte Lage im Hinblick auf die Strangmarke an der Haut beschrieben sind, kann die Wertigkeit dieser Befunde nicht diskutiert werden.

Abschließend kamen die beiden Münchener Gutachter zu der Auffassung, dass „die von uns erhobenen Befunde sich nicht mit einem typischen Erhängen in Einklang bringen lassen. Die er-



hohen Befunde sind nicht geeignet, auch eine spezielle Form von atypischem Erhängen auszuschließen.“ In der Schlussbetrachtung fehlt allerdings eine ausdrückliche Stellungnahme zur Möglichkeit des Drosselns wie im Gutachten angedeutet.

Die vorsichtig abwägende Befundinterpretation von Eisenmenger und Spann in ihren Gutachten vom 21. Dezember 1988 bedeutet, dass ein atypisches Erhängen nicht auszuschließen, mithin möglich ist. Anders lesen sich die Aussagen von Spann in einer Eidesstattlichen Erklärung am 24. Januar 1995 vor einem Notar in München.<sup>17</sup> Als Grundlagen seiner Erklärung nannte er eine Kopie der Sterbeurkunde von Heß, den Obduktionsbericht von Cameron, den gerichtsmedizinischen Untersuchungsbericht aus dem Münchener Institut für Rechtsmedizin vom 21. August 1987 und eine Auswahl von fünf Fotos, die während der Nachobduktion angefertigt wurden. Dazu heißt es unter 5.: „Unsere Feststellungen sind in dem Bericht [von 1987] vollständig enthalten, und ich stütze meine hier ausgedrückte Meinung auf diese Feststellungen.“ Nach einer erneuten Diskussion der bekannten Obduktionsbefunde und zugehöriger rechtsmedizinischer Erfahrungen kommt Spann überraschend zu folgendem Ergebnis: „15. Abschließend sind wir der Meinung, daß die in der Sterbeurkunde niedergelegte Todesdiagnose keinesfalls gesichert ist. Obwohl wir mit Erstickung durch Zusammendrücken des Halses als Todesursache übereinstimmen, halten wir ein Erhängen als Todesursache für nicht bewiesen. Unsere Befunde sprechen vielmehr dafür, daß der Tod infolge Erdrosselns eingetreten ist.“ Unmittelbar davor heißt es unter 14.: „Es ist die Ausnahme, daß jemand sich selbst stranguliert,<sup>18</sup> denn, wenn er bewußtlos wird, läßt seine Kraft nach und er läßt wieder los. Bei einem an der Oberfläche glatten Elektrokabel ist zu erwarten, daß dieses beim Nachlassen des Zuges auseinandergleitet.“ Liest man diese beiden Passagen im Zusammenhang, so drängt sich geradezu die Frage nach einem „Mord an Rudolf Hess?“ (Wolf Rüdiger Hess) auf. Der Sohn schreibt in seinem gleichnamigen Buch über die entscheidenden Minuten des 17. August 1987:

*Die Mörder traten in dem Augenblick in Erscheinung, als der Wärter seine Aufsichtspflicht außer Acht ließ, weil er ins Hauptgebäude ans Telefon gerufen wurde. Alles weitere war nur noch Routine. Die beiden Agenten des britischen Geheimdienstes SAS (Special Air Service), die nach glaubwürdiger Aussage amerikanische Uniformen trugen, beherrschten ihr erlerntes Handwerk gut. Sie hatten leichte Arbeit. Das Würgekabel war zur Hand. Die Gegenwehr des 93-jährigen Opfers war schwächlich. Falls er noch schreien konnte, ehe ihn der Schlag auf den Hinterkopf traf, der ihn bewußtlos machte, hat ihn jedenfalls niemand gehört. Schnell war ihm die Schlinge um den Hals gelegt und zugezogen. Der letzte der Nürnberger Angeklagten starb den ‚Tod durch den Strang‘.<sup>19</sup>*

Die Veröffentlichungen mit den rechtsmedizinischen Befundinterpretationen im Ergebnis zweier Leichenöffnungen haben wenig zur Aufklärung der genauen Todesumstände von Heß beigetragen.<sup>20</sup> Neben der Erfahrung, dass es problematisch sein kann, im Einzelfall die Entstehung einer Strangmarke durch Erhängen oder Erdrosseln zu unterscheiden, mussten die Münchener Gutachter einen gravierenden Mangel hinnehmen. Ihnen lagen „über die behauptete Auffindungssituation keine exakten Angaben und kein Bildmaterial vor“. Dieser Umstand wiegt deshalb besonders schwer, weil zur Feststellung der Strangulationsform nicht nur typische Leichenbefunde und das Fehlen anderer Todesursachen, sondern auch und vor allem die Feststellung der genauen Umstände des Erstickungsvorgangs, also die Auffindungsumstände, gehören.

Nach allem, was an Informationen über den Tod von Rudolf Heß kursiert, bleibt es dem Konsumenten überlassen, je nach politischer Einstellung an einen Mord oder an eine Selbsttötung zu glauben. Neigt man der zweifelbehafteten Mord-These zu, dann drängen sich mindestens zwei Fragen auf: Warum erfolgte die Tat erst nach knapp 21 Jahren Einzelhaft? Warum haben die Täter keine Tötungsmethode eingesetzt, die äußerlich keine Spuren hinterlässt?

Schon zu Lebzeiten war Heß für rechtsextreme Kreise in der Bundesrepublik eine Märtyrergestalt, die als Opfer der Alliierten zu Unrecht inhaftiert gewesen sei. Sein Tod im Kriegsverbrechergefängnis Spandau 1987 rückte ihn schließlich in die erste Reihe der Kultfiguren der Neonaziszene. Die prominenteste Veranstaltung des Totengedenkens ist der sog. Rudolf-Heß-Gedenkmarsch, der seit 1988 zu den festen Terminen der europäischen Rechtsextremen gehört.<sup>21</sup> Um die Aufmärsche der Neonazis am Bestattungsort zu beenden, wurde die Grabstätte 2011 aufgelöst.

Mit dem Tod des Gefangenen Nr. 7 hatte sich der Zweck des *Spandau Allied Prison* endgültig erledigt. In Kenntnis der vielfältigen Formen der Heß-Mythologisierung war es die Intention der vier Gewahrsamsmächte, aus dem alten Gebäudekomplex an der Wilhelmstraße 23 keine Pilgerstätte für Rechtsextreme werden zu lassen. Trotz einiger Vorbehalte der Denkmalpflege wurde das Hauptgebäude der Strafanstalt abgerissen, und im Frühjahr 1988 war der wesentliche Teil der Bebauung beseitigt. Danach wurde das Gelände einer gewerblichen Nutzung zugeführt.

Professor Dr. med. Dr. phil. Ingo Wirth  
Mail: [ingo.wirth@hpolbb.de](mailto:ingo.wirth@hpolbb.de)

#### Anmerkungen

- 1 Manfred Görtemaker, Rache der Sieger oder Suche nach Gerechtigkeit? Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46, in: Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt, hrsg. von Michael Bienert, Uwe Schaper und Andrea Theissen, Berlin 2007 (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Bd. 9), S. 133–145.
- 2 Kritische Anmerkungen zur biografischen Literatur über Rudolf Heß vgl. Dietrich Orlow, Rudolf Heß – ‘Stellvertreter des Führers’, in: Ronald Smelser und Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite. 22 biografische Skizzen, Darmstadt 1989, S. 84–97, hier S. 97. Eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biografie galt Orlow seinerzeit noch als Desiderat, liegt aber heute vor, vgl. Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Rudolf Heß. Der Mann an Hitlers Seite, Leipzig 1999.
- 3 Orlow, Heß, S. 86.
- 4 Rainer F. Schmidt, Der Hess-Flug und das Kabinett Churchill. Hitlers Stellvertreter im Kalkül der britischen Kriegsdiplomatie Mai–Juni 1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), S. 1–38.
- 5 Orlow, Heß, S. 93.
- 6 Michael Bienert, Die ungeliebte Kooperation. Die Vier Mächte und die Anfänge des Alliiertengefängnisses in der Wilhelmstraße 1946/47–1957, in: Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt, hrsg. von Michael Bienert, Uwe Schaper und Andrea Theissen, Berlin 2007 (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Bd. 9), S. 175–196.
- 7 Bianca Welzing, Die Vorgeschichte des Spandau Allied Prison. Das Strafgefängnis Spandau 1920–1946, in: Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt, hrsg. von Michael Bienert, Uwe Schaper und Andrea Theissen, Berlin 2007 (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Bd. 9), S. 159–173.
- 8 Michael Bienert, Das Alliierte Kriegsverbrechergefängnis in der Wilhelmstraße. Zur Geschichte eines 40jährigen Provisoriums, in: Spandau – Wilhelmstraße 23. Festunggefängnis, Zivile Haftanstalt, Alliiertes Kriegsverbrechergefängnis, hrsg. vom Bezirksamt Spandau von Berlin, Abt. Bildung, Kultur und Sport, Berlin 2005, S. 16–23.
- 9 Elke Fröhlich-Broszat, Heß, Rudolf, Stellvertreter des Führers, in: Hermann Weiß (Hrsg.), Personenlexikon 1933–1945, Wien 2003, S. 200–202.
- 10 Bienert, Kriegsverbrechergefängnis, S. 23.

- 11 Vgl. Wolf Rüdiger Hess, *Mord an Rudolf Hess? Der geheimnisvolle Tod meines Vaters in Spandau*, 6. Aufl., Leoni am Starnberger See 1990, S. 95–103. Im Dokumentenanhang des Buches finden sich weitere, teilweise differierende Zeitangaben zum Verlauf des 17. August 1987, vgl. ebd., S. 253–256.
- 12 Ebd., S. 219 f.
- 13 Zit. n. Übersetzung des Obduktionsberichts vom 19. August 1987, online unter: <http://www.rudolf-hess.org/archiv/eidspann.php3>, Link Archiv, Zugriff am 14. Juli 2022. Das englischsprachige Original und die autorisierte Übersetzung ins Deutsche sind abgedruckt bei Hess, *Mord*, S. 183–205. Die deutschsprachigen Fassungen der beiden Sekundärquellen stimmen überein.
- 14 Im englischen Original (vgl. Hess, *Mord*, S. 185) steht „deep bruising“, was in der autorisierten Übersetzung mit „dunkle Quetschungen“ übertragen wurde. Anstelle dieser medizinisch ungebräuchlichen Wortwahl muss es „tiefe Blutergüsse“ heißen. Weitere offensichtlich an der Alltagssprache eines medizinischen Laien orientierte Übersetzungsmängel fanden sich auch an anderen Stellen und wurden stillschweigend korrigiert.
- 15 Zit. n. Abschrift des Obduktionsbefundes vom 21. August 1987, online unter <http://www.rudolf-hess.org/archiv/eidspann.php3>, Link Archiv, Zugriff am 14. Juli 2022. Gleichfalls veröffentlicht in Hess, *Mord*, S. 207–217. Die Texte beider Sekundärquellen stimmen überein.
- 16 Zit. n. Hess, *Mord*, S. 219–229.
- 17 Zit. n. Abschrift der Eidesstattlichen Erklärung von Professor Dr. med. Dr. med. h. c. Wolfgang Spann, Professor emeritus des Instituts für Rechtsmedizin in München, vor dem Notar Bernd Höfling, München, vom 24. Januar 1995, online unter: <http://www.rudolf-hess.org/archiv/eidspann.php3>, Zugriff am 14. Juli 2022. Über den zitierten Pfad gelangt man zu einer Eidesstattlichen Erklärung von Wolfgang Eisenmenger, die er am 31. März 1995 vor demselben Notar abgegeben hat. Der letzte der nur vier Punkte umfassenden Erklärung lautet: „Ich habe die von Professor Dr. Spann abgegebene eidesstattliche Erklärung gelesen, deren Inhalt nach meinem besten Wissen und Gewissen der Wahrheit entspricht. Ich stimme voll mit den von ihm darin geäußerten Meinungen über die Art, wie Hess zu Tode kam, überein.“
- 18 Die Beschreibung bezieht sich auf ein Drosseln durch eigene Hand.
- 19 Hess, *Mord*, S. 96 f.
- 20 In der Autobiografie von Wolfgang Spann ist ein Abschnitt mit „5. Fall Rudolf Heß“ beschrieben. Abgesehen von der Merkwürdigkeit, dass darin das Datum der Nachobduktion in München nicht mit der Angabe im dazugehörigen Obduktionsbericht übereinstimmt, ist der Text auch sonst für eine historische Analyse unbrauchbar, vgl. *Kalte Chirurgie. Ein Leben zwischen Recht und Medizin*, 2. Aufl., Landsberg 1996, S. 234–239.
- 21 Michael Kohlstruck, Die zweite Geschichte von Nr. 7. Der Mythos Rudolf Heß im deutschen Rechtsextremismus, in: *Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt*, hrsg. von Michael Bienert, Uwe Schaper und Andrea Theissen, Berlin 2007 (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Bd. 9), S. 217–229.

## Rezensionen

**Armin Fuhrer: Hunger & Ekstase • Berlin 1922/23, Berlin:** Elsengold, 2022, 240 Seiten, 90 teils farbige Abbildungen, 26 €.

Sie waren alles andere als eine Glanzzeit, die „Goldenen Zwanziger“ in Berlin. Politisch war Deutschland nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg isoliert. Die schwache Weimarer Republik hatte seit ihrem Bestehen gegen einen immensen Vertrauensverlust im In- und Ausland zu kämpfen. Zudem war sie mit den Reparationszahlungen überfordert, die die Alliierten Ende April 1921 auf (unbezahlbare!) 132 Milliarden Goldmark veranschlagten. Als deren vertuefelter „Erfüllungspolitiker“ geriet Reichsaußenminister Walther Rathenau in das Visier von Todesschützen. Direkt nach der erschütternden Ermordung des genialen Politik- und Finanzstrategen im Juni 1922 galoppierte Deutschland in eine Hyperinflation astronomischen Ausmaßes, auch gemessen an der „Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“. Im September 1923 „war die Geldentwertung so weit fortgeschritten, dass 1 \$ den Gegenwert von 4,2 Billionen Mark bildete.“ Die „groteske Übersteigerung“ (Sebastian Haffner) entlud sich in sozialen Verwerfungen: Der rapide Geldmangel zwang die städtischen Behörden zur Entlassung „Tausender ihrer Angestellten“, sowie die enorme Unterstützung der Kriegsentwurzelten und Armen und die Ausgaben für „die Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur“ nahezu gegen Null zurückzufahren. Ihre verzweifelten Versuche, die Steuereinnahmen zu erhöhen oder neue Steuern einzutreiben, darunter so kuriose wie die für „übermäßigen Verzehr in Gast- und Schankwirtschaften“ wurden zurecht verworfen. Mit publizistischem Feingefühl gelingt es dem Autor Armin Fuhrer, die jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ereignisse in der „brodelnden“ Reichshauptstadt Berlin neu erlebbar zu verschmelzen. Sehr anrührend ist dabei seine Geschichte über das „Elend der Kinder“. Als Protagonist diente ihm der feingeistige Kosmopolit Harry Graf Kessler und dessen Kampf um die Beseitigung der erbärmlichen Zustände, denen nicht nur die Berliner Kinder in den „Goldenen Zwanzigern“ ausgesetzt waren.

Die Spekulation in jenen Jahren der großstädtischen Metamorphose machte manche reich, die allermeisten jedoch verarmten. Viele Reiche hatten bereits durch den Krieg, später inflationsbedingt ihr gesamtes Finanz- und Immobilienvermögen eingebüßt. Wer irgendwo noch Geld bunkerte oder welches wie auch immer auftrieb, schwelgte im schillernden „Amusement“. Viele verstanden unter diesem neuen Zauberwort die ungehemmte Lebenslust: Tanzmarathons, Sexexzesse, Skandale, Modeentgleisungen. Das große Unterhaltungsgeschäft mit den Revuen, Variététheatern und Kabarett fand in den Amüsiertempeln, darunter *Wintergarten*, *Scala* und *Lunapark*, statt. Die kleineren Kostüm-, Witwen- und Transvestiten Bälle erreichten ihr Publikum in einschlägigen Lokalen, verruchten Bars oder billigen Kaschemmen rund um den Alexanderplatz. „Mit der Zensur fielen nach dem Ende des pruden Kaiserreichs auch die Hüllen“. Im angesagten Etablissement *Weißer Maus* in der Jägerstraße, wurden Nackt- und Schönheitstänze aufgeführt, allabendlich randvoll ausverkauft. Anita Berber, modische Stilikone und gefeiert als exaltierte Tänzerin „des Lasters“ (wie auch „der Drogen“), vertanzte dort einen Teil ihres jungen Lebens. „Berlin blieb ein Sündenbabel“ selbst als sich in Folge der Währungsstabilisierung das wirtschaftliche Leben in Deutschland normalisierte. Das tosende Berlin inszenierte sich forciert in den *Goldenen Zwanzigern*, was es noch heute ist: Eine Stadt mit „Tempo, Betrieb und Tamtam“ (Hildegard Knef, 1964).

Armin Fuhrers kenntnisreich geschriebenes Buch charakterisiert, basierend auf vielfältigen Archivrecherchen und Literaturstudien sowie mit spannungsreichen Details versehen, treffend eine legendäre Epoche. Der Autor präsentiert zudem eine Fülle von teilweise farbigen Abbildungen. Sein unterhaltsames Buch ist alles in allem lesens- und darum uneingeschränkt empfehlenswert.

Mathias C. Tank



**Rolf-Barnim Foth, Der Meister der Panoramen – Friedrich Wilhelm Delkeskamp**, Hamburg: Edition Kentavros 2022, 320 Seiten, 39,80 €.

1825 machte das sogenannte Vogelschau-Rheinpanorama den mittellosen Künstler Friedrich Wilhelm Delkeskamp schlagartig berühmt. Er galt für fast 50 Jahre als „Meister der Panoramen“. Zu den wesentlichen Meilensteinen seiner Lehr- und Wanderjahre zählt Berlin. Durch das kreative Umfeld der Königlichen Porzellanmanufaktur und von Berliner Verlegern inspiriert, wagte der talentierte junge Mann erste Veduten-Produktionen. Die Zeit in Berlin prägte ihn, hier öffnete sich die Tür zum Königshaus. Auch Friedrich Wilhelm III. besaß zahlreiche Delkeskamps. Seiner Gemahlin Louise widmete der Künstler die Aufsicht auf Schloss Fürstenstein in Schlesien. Wer mehr über die Kunst der Vogelschau und das Gesamtwerk des Künstlers erfahren will, dem sei die nun vorliegende lebendig erzählte Biographie anempfohlen, die mit 250 Zeichnungen, Aquarellen, Kupferstichen und Panoramen reich illustriert zum Blättern und Verweilen einlädt.

*Dr. Antje Bielfeld-Müller*

**Otto, Martin: Ich hab' die Stadt Berlin regiert – Ulrich Biel – ein stiller Stratege auf der Weltbühne**, Berlin: be.bra, 2022, 224 Seiten, 22 €.

Der Titel des Buches – eine Selbsteinschätzung Ulrich Biels – zeigt, mit wem wir es zu tun haben: einem selbstbewussten, eigenwilligen Mann mit klaren politischen Zielen. Im Vorwort heißt es, Ulrich Biel sei nach dem zweiten Weltkrieg „zum wichtigsten Strippenzieher im Hintergrund“ in Berlin aufgestiegen. An anderer Stelle wird Biel als „Schattenmann“ bezeichnet. Und das war er tatsächlich. Anschaulich, durch viele Fotos belebt, beschreibt Martin Otto den Lebensweg und das politische Wirken des ungewöhnlichen Berliners.

Nur wenigen ist Biel heute noch bekannt. Geboren als Ulrich Bielschowsky, emigrierte er, der er Jude war, 1934 in die USA, nannte sich von nun an Biel, nahm die amerikanische Staatsbürgerschaft an, trat in einen amerikanischen Armeegeheimdienst ein und kehrte 1945 nach Berlin zurück. Im Auftrag der Amerikaner und insbesondere des Berliner Stadtkommandanten Frank I. Howley sondierte er die Möglichkeiten, ein demokratisches Staats- und Regierungssystem in der Bundesrepublik und in West-Berlin aufzubauen. Eine offizielle Rolle kam ihm nicht zu, welche Initiativen er im Auftrag der Amerikaner ergriff und welche aus eigenem Antrieb, bleibt vage. Er unterhielt gute Kontakte unter anderem zu Konrad Adenauer und Ernst Reuter. Jedenfalls betrieb er sein eigenes Spiel, als er im Hintergrund die Absetzung des Berliner Oberbürgermeisters Otto Ostrowski wegen dessen Kontakten zu SED-Funktionären in Ost-Berlin betrieb. Die Intrige war zwar nicht erfolgreich, führte aber mit dazu, dass Ostrowski von sich aus das Handtuch warf.

Biels Agieren führte schließlich zu Konflikten mit seinen Vorgesetzten, weshalb er 1949 nach Hannover „strafversetzt“ wurde und 1952 aus dem Dienst der Amerikaner ausschied. Er nahm die deutsche Staatsbürgerschaft an und ließ sich in Berlin als Anwalt nieder. Kurzzeitige Intermezzi bei der Bank für Wirtschaft und Arbeit sowie bei BMW werden in Ottos Buch nur gestreift, hier scheint es – wohl wegen Biels pointierten Meinungen – zu Konflikten gekommen zu sein. Eine zweite Karriere führte Biel als CDU-Mitglied ins Abgeordnetenhaus von Berlin, wo er durch seine aggressive Polemik auffiel. Unter anderem bekämpfte er das Berlin-Abkommen und betitelte den damaligen Wissenschaftssenator Werner Stein 1968 als „heimlichen Mitläufer des SDS in den Reihen des Senats“. So wie Otto ihn beschreibt, muss sich Biel als kalter Krieger par excellence aufgeführt haben.

Ottos Buch zeigt die Vielfalt von Biels Charakter. Einerseits war er ein tiefgründiger politischer Denker, der durch seine erste Ehefrau Kadidja Wedekind, der Tochter Frank Wedekinds, Kontakt zu Künstlerkreisen hatte und durch seine zweite Ehefrau Marion von York zu Wartenburg mit Überlebenden des nationalsozialistischen Widerstands in Verbindung stand. Andererseits war

er ein knallharter, konservativer Politiker, der keinen Konflikt scheute. Informativ ist Ottos Buch durch die vielen Selbstzeugnisse Biels, die einen Einblick in seine Gedankenwelt geben, und durch Charakterisierungen seiner Zeitgenossen. Zum Verständnis wird die Biografie Biels durch kurze Abrisse der Berliner Geschichte ergänzt. Auf diese Weise erfährt der Leser, in welchem Kontext Biels Handeln zu sehen ist. Im Epilog zieht Otto ein Resümee der Person Biels. Er wirft dabei die Frage auf, was gewesen wäre, wenn es Biel nicht gegeben hätte. Beantworten lässt sich diese Frage allerdings nicht, denn es gab diesen Mann nun einmal, der seinen Einfluss vehement geltend machte. Abschließend stellt Otto fest: „Ohne Ulrich Biel wäre West-Berlin eine andere Teilstadt gewesen, denn dieser ‚Schattenmann‘, den jeder irgendwie kannte; aber doch nur wenige genauer, lebte den Berlin-Status, ohne den es eben kein West-Berlin mit allen Konsequenzen gegeben hätte.“

*Dr. Dietmar Peitsch*

**Wolf-Rüdiger Bonk: 150 Jahre Schmargendorf. Geschichten über Menschen und Häuser im Rahmen eines Spaziergangs über den Friedhof an der Dorfkirche und den im Forst Grunewald.**

Berlin: Eigenverlag, 2022, 192 Seiten, 314 Abbildungen, zwei Friedhofspläne.

*Unser Mitglied schließt mit diesem Band seine Publikationen über die Wilmersdorfer Friedhöfe ab. In den Jahren 2018 bis 2020 behandelte er in drei Teilen den Friedhof Berliner Straße und im vierten Teil den Friedhof Bornstedter Straße. Eine Rezension erschien in den Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 3/2019.*

Eingeleitet wird der vorliegende Band durch einen kurzen Überblick zur Geschichte von 150 Jahren Schmargendorf, das sich im Bereich des alten Dorfkerns einen gewissen kleinstädtischen Charme bewahrt hat. Es folgt ein ausführlicher Rundgang über den Friedhof an der Breiten- bzw. Misdroyer Straße. Wieder stellt er in kurzen Lebensbeschreibungen Persönlichkeiten vor, die die Geschichte Schmargendorfs, oft sogar darüber hinaus von ganz Berlin, politisch, wirtschaftlich und kulturell geprägt haben. Der 1635 verstorbene kurfürstliche Amts-Kammerrat und Hauptmann Hans von Wilmersdorf und seine Ehefrau ruhen in einer Gruft der Dorfkirche. Das älteste erhaltene Grabkreuz des Friedhofs steht auf der einstigen Grabstelle des 1844 verstorbenen Landwirts Peter Schmidt. Auf dem kirchlichen Teil des Friedhofs ruht der 2015 verstorbene Theaterdirektor Christian Wölffer. Die denkmalgeschützte Grabstelle der Schmargendorfer Bauernfamilie Tübbecke regte den Autor an, auch über die im alten Berlin und Spandau ansässigen Tübbeckes zu forschen. Das von seinem Kollegen Gerhard Marcks geschaffene Grabdenkmal für den Bildhauer Richard Scheibe ist leider stark verwittert. Daneben befindet sich auch als Ehrengrab die Ruhestätte des Malers Max Pechstein. Längere Ausführungen widmet Bonk der Flugpionierin Melli Beese, unserem Mitglied Wolfgang Venohr, den Verlegern Hildegard und Franz Cornelsen, dem Schauspieler Bruno Fritz und den Grundbesitzern aus der Familie Balz, denen einst das halbe Dorf gehörte.

Auf dem im Jagen 135 befindlichen Friedhof Grunewald-Forst sind seit 2018 Bestattungen nur noch in nicht abgelaufenen Grabstellen erlaubt. Weil hier zunächst nur unbekannte Tote begraben wurden, erhielt er den Beinamen „Selbstmörderfriedhof“ oder „Friedhof der Namenlosen“. Auf dem 5 000 Quadratmeter großen Gelände ruhen jetzt auch ‚Normalsterbliche‘, wie der Maler Rudolf Bauer, der Schauspieler Götz Claren, die Sängerin Nico (Christa Päffgen) und der 1950 verstorbene Grabstättenforscher Willi Wohlberedt.

Ein beigefügtes Personenregister ist für eine Begehung sehr hilfreich. Akribisch werden in allen Abschnitten die verwendete Literatur und die Herkunft der Abbildungen aufgeführt. Die vom Autor in einer Auflage von zirka 100 Exemplaren finanzierte Broschüre ist nur bei ihm erhältlich, Telefon (030) 861 93 19, Mail: wobonk@web.de. Wie in der Vergangenheit wird Wolf-Rüdiger Bonk für unseren Verein eine Friedhofsführung anbieten.

*Martin Mende*

## Andreas Szagun ausgezeichnet

Unser Mitglied Andreas Szagun hat die Bezirksverdienstmedaille des Bezirks Mitte erhalten. Seit mehr als 40 Jahren ist er ehrenamtlich in und für Moabit tätig. Für den *Heimatverein und Geschichtswerkstatt Tiergarten e.V.* übernahm er von 1993 an Führungen über den Friedhof Wilsnacker Straße und war an der Zusammenstellung des Buches „Kriegsende in Tiergarten. Die Geschichte des Kriegsgräberfriedhofs Wilsnacker Straße“ beteiligt. Als Mitglied der Bürgerinitiative für einen Gedenkort am ehemaligen Güterbahnhof Moabit, von dem aus 30 000 jüdische Mitbürger in die Konzentrationslager deportiert wurden, sorgte er für die Einrichtung eines Erinnerungsmals im Jahr 2017.

*Martin Mende*

## Heiko Metz (1952–2022)

Am 16. Mai 2022 schloss sich der Lebenskreis des Spandauer Heimatforschers Heiko Metz. Geboren und aufgewachsen in Berlin-Lichtenrade verstand er sich ganz selbstverständlich als waschechter Berliner. Zunächst studierte er Lebensmittelchemie an der TU-Berlin, folgte dann aber seiner Neigung und begann ein Studium der Geschichtswissenschaften. Hier entdeckte er seine Leidenschaft für die berlin-brandenburgische Landesgeschichte und Landeskunde. 1988 führte ihn sein beruflicher Weg zunächst als Mitarbeiter, dann als Leiter des Archivs des stadtgeschichtlichen Museums nach Spandau. Als herausragend darf man wohl sein Engagement für die Ausstellung „Enthüllt – Berlin und seine Denkmäler“ beschreiben, die heute ein Ausstellungsmagnet beim Besuch der Zitadelle ist. Seine gut recherchierten Quellen und deren kritische Einordnung flossen in die inhaltliche Gestaltung des Museums im Zeughaus ein. Neben der Ausstellung zur Geschichte der Fotografie in Spandau publizierte er gern vor allem zu in Vergessenheit geratenen Themen wie dem Tagebuch des Zuchthauspredigers Ulrich.

Als kompetenter und ideenreicher Berater hat er sich bei den unterschiedlichsten Recherchanfragen engagiert und um die Belange der Wissenschaftler und Heimatforscher verdient gemacht. Seine Fachkenntnis und akribische Quellenrecherche werden fehlen wie auch sein hintergründiger Humor und seine subtilen Zwischentöne. *Anima tua requiescat in pace!*

*Agnes-Almuth Griesbach*

## Mitte-Festival 2022 in der Parochialkirche

19. bis 23. Oktober 2022, täglich 12–20 Uhr


Das Mitte-Festival bietet den idealen Rahmen, um öffentlich über die Umgestaltung des großen Leerraums, über Bauakademie, Mühlendamm und Gertraudenbrücke sowie insbesondere die Ergebnisse des Städtebaulichen Wettbewerbes zum Molkenmarkt zu diskutieren. Der entscheidende Punkt dabei ist: Nicht der Senat lädt die Bürger ein, die Bürger laden Verwaltung und Politik ein! 15 Vereine, vier Stiftungen, ein Museum und ein Freies Theater beteiligen sich am vom Landesdenkmalamt Berlin im Rahmen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements finanziell unterstützten Festival. Die neugegründete *Stiftung Mitte Berlin* hat die Organisation im Namen der Bürgervereine übernommen. Das Festival besteht aus der an allen fünf Tagen von 12 bis 20 Uhr

geöffneten Ausstellung historischer Informationen und aktueller Projekte sowie den gegen 18 Uhr startenden Kurzvorträgen und Diskussion. Das genaue Programm finden Sie im Internet: <https://stiftung-mitte-berlin.de/Festivalprogramm.pdf>

## Veranstaltungen im 4. Quartal

- 17 Montag, 10. Oktober 2022: 15 Uhr: **„Führung im Stadtgeschichtlichen Museum Spandau und auf der Zitadelle“** mit Museumsleiterin **Dr. Urte Evert**. Eine der besterhaltenen Renaissancefestungen Europas, der Juliierturm – das älteste Gebäude Berlins, Museen und Ausstellungen moderner Kunst – die Zitadelle ist Kulturstandort und Geschichtsisel. Die Führung gibt Einblick in die bewegte Historie des Ortes und führt Sie von den Baumeistern im 16. Jahrhundert bis ins 20. Jahrhundert. Am Juliierturm 64, 13599 Berlin-Spandau; U 7 (Zitadelle).
- 18 Montag, 17. Oktober 2022, 15 Uhr: **„Das Leben in der Stadt Spandau – ein Rundgang durch sechs Jahrhunderte.“**, Führung durch die historische Ausstellung im Gotischen Haus mit Museumsleiterin **Dr. Urte Evert**. Das Gotische Haus ist nicht nur ein Juwel der Altstadt Spandau, sondern es ist auch das älteste erhaltene Bürgerhaus im gesamten Berliner Raum. Die Ausstellung im Obergeschoss beleuchtet zunächst die Geschichte dieses einzigartigen Hauses, der anschließende Rundgang erzählt vom Alltag in der Stadt. Im Erdgeschoss ist neben der einzigartigen Architektur auch die Kunstaussstellung „Picknick am Wegesrand“ mit Zeichnungen von Karen Scheper zu sehen. Treff: Gotisches Haus, Breite Straße 32, 13597 Berlin-Spandau. Bus X33, U 7 (Altstadt Spandau – nicht barrierefrei).
- 19 Mittwoch, 19. Oktober 2022, 19 Uhr: **„Reise nach Berlin zwischen Blockade und Mauerbau“**, Filmabend mit der Fotografin und Kuratorin **Christine Kisorsy** und Gespräch mit **Dr. Michael C. Bienert**, Stiftung Ernst-Reuter-Archiv. Anlässlich des ersten vor 70 Jahren vom Berliner Senat zum Zwecke der Tourismusförderung in Auftrag gegebenen Films „Reise nach Berlin“ blicken wir zurück auf die Berlinwerbung in der Zeit zwischen Blockade und Mauerbau. Ort: Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Straße 36, 10178 Berlin-Mitte, Eintritt frei, Gäste willkommen.
- 20 Donnerstag, 3. November 2022, um 19 Uhr: **„Kaiser Wilhelm II. als kunsthandwerklicher Schlachtenlenker – Die Neuausstattung des Berliner Schlosses mit luxuriösen Kunstmöbeln aus Berliner und Potsdamer Werkstätten“**. Vortrag der *Gesellschaft Berliner Schloss e.V.* mit **Dr. Jörg Meiner**, Leiter des Dezernats Forschung und Ausstellungen bei den Staatlichen Schlössern, Gärten und Kunstsammlungen Mecklenburg-Vorpommern. Moderation: **Dr. Guido Hinterkeuser**. Ort: Rathaus Schöneberg, Am Rathaus, 10825 Berlin-Schöneberg, 1. OG, Kennedy-Saal; U 4 (Rathaus Schöneberg).
- 21 Freitag, 18.11.2022, 16.30 Uhr: **„Führung im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“**. Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung widmet sich der Erinnerung und dem Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert in Europa und darüber hinaus. Stresemannstraße 90, 10963 Berlin-Kreuzberg. Wir bilden zwei Gruppen von jeweils 15 Personen. Anmeldung bei Manfred Uhlitz, Mail: [Uhlitz@DieGeschichteBerlin.de](mailto:Uhlitz@DieGeschichteBerlin.de) oder






Telefon (030)305 81 23. Stresemannstraße 90, 10963 Berlin-Kreuzberg; S-Bahnhof Anhalter Bahnhof, Busse M 29, M 41 (Haltestelle Anhalter Bahnhof).

**22** Mittwoch, 23. November 2022., 19 Uhr: „**Virtueller Spaziergang durch Alt-Berlins Südosten im 19. Jahrhundert**“ mit **Joachim Brunhold**. Anhand von Gemälden, Lithografien und Fotografien des 19. Jahrhunderts führt der ‚virtuelle‘ Spaziergang von der Jannowitzbrücke zum Bullenwinkel. Ort: Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Straße 36, 10178 Berlin-Mitte, Eintritt frei, Gäste willkommen.

**23** Freitag, 9. Dezember 2021, 18 Uhr: „**Adventsfeier des Vereins für die Geschichte Berlins e.V., gegr. 1865**“ im *Hotel Novotel Am Tiergarten* mit Vortrag: „**Die Geschichte des Berliner Weihnachtsmarktes**“ mit **Joachim Brunhold**. Anmeldung durch Überweisung von 35 € pro Person auf das unten genannte Vereinskonto mit dem Stichwort ‚**Adventsfeier**‘. Glühwein & Punch zur Begrüßung und um 19 Uhr folgt ein weihnachtliches Buffet mit zweierlei Vorspeisen, drei alternativen Hauptgängen (incl. Gans), zweierlei Dessertvariationen und Obst. Getränke sind im Buffet-Preis nicht enthalten **Gäste willkommen!** *Novotel Am Tiergarten*, Straße des 17. Juni 106–108, direkt am S-Bahnhof Tiergarten.



Verein für die Geschichte Berlins e.V., gegr. 1865

[www.DieGeschichteBerlins.de](http://www.DieGeschichteBerlins.de)

**Vorsitzender:** Dr. Manfred Uhlitz, E-Mail: [Uhlitz@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Uhlitz@DieGeschichteBerlins.de) | **Pressesprecher:** Mathias C. Tank, [Tank@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Tank@DieGeschichteBerlins.de) | **Stellv. Vorsitzende:** Professor Dr. Susanne Kähler, [Kaehler@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Kaehler@DieGeschichteBerlins.de); Dr. Wolfgang Krogel, [Krogel@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Krogel@DieGeschichteBerlins.de) | Postanschrift für alle Vorstandsmitglieder, Geschäftsstelle, **Bibliothek und Archiv:** Breite Str. 36 (Eingang Neuer Marstall, Schloßplatz 7), 10178 Berlin, Telefon (030) 902 26 449. E-Mail: [Bibliothek@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Bibliothek@DieGeschichteBerlins.de) | **Postadresse:** Postfach 61 01 79, 10922 Berlin. **Öffnungszeiten:** mittwochs 15–18.45 Uhr | **Schatzmeister:** Professor Dr. Wolfgang Pfaffenberger, [Schatzmeister@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Schatzmeister@DieGeschichteBerlins.de); Regina Preuß, [Preuss@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Preuss@DieGeschichteBerlins.de) | **Schriftführer:** Dr. Dietmar Peitsch, [Peitsch@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Peitsch@DieGeschichteBerlins.de), Claudia Melisch M.A., [Melisch@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Melisch@DieGeschichteBerlins.de) | **Internetredaktion:** [Redaktion@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Redaktion@DieGeschichteBerlins.de) | **Veranstaltungen:** Jörg Kluge, [Kluge@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Kluge@DieGeschichteBerlins.de); Dipl.-Ing. Dirk Pinnow, [Pinnow@DieGeschichteBerlins.de](mailto:Pinnow@DieGeschichteBerlins.de) | **Mitgliedschaft:** Neue Mitglieder sind herzlich willkommen! Jahresbeitrag Einzelperson 50 €, Familien/Partner 75 €, Studierende und Auszubildende bis zum 28. Lebensjahr 30 € und Fördermitglieder mind. 100 € inkl. Bezug Vierteljahresschriften und Jahrbuch | **Bankverbindung:** Sparkasse Berlin, IBAN DE06 1005 0000 0190 4487 76 (BIC BELADEV3333)

Die MITTEILUNGEN sind eine Beilage für die Mitglieder des Vereins für die Geschichte Berlins e.V., gegr. 1865, zur vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Berliner Geschichte“. Der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. **Schriftleitung:** Dr. Manfred Uhlitz. Textbeiträge sind willkommen! Bitte an den Schriftleiter senden. Mit der Einsendung von Beiträgen erklärt sich der Autor/die Autorin mit der Veröffentlichung auch im Podcast auf der Internetseite des VfdGB einverstanden. Layout und Satz: Norman Bösch, [normanboesch@hotmail.de](mailto:normanboesch@hotmail.de)

**Alle Rechte vorbehalten.**